

Inland.

Berlin, den 29. Okt. Sr. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem evangelischen Schullehrer Groeger zu Hohen-Wiese im Regierungs-Bezirk Liegnitz, und dem Kreis-Chirurgus Gruschke zu Lüben das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Chaussee-Aufseher Theodor Block zu Kallter-Herberg, Kreis Montjoie, die Rettungs-Medaille mit dem Bande; desgleichen dem Ober-Landesgerichts-Rathe Eulemann zu Posen, bei seiner Versetzung in den Ruhestand, den Charakter als Scheimer Justiz-Rath zu verleihen.

Sr. Königl. Hoheit der Prinz Wilhelm ist nach Bayern abgereist.

Posen, den 29. Oktober. Zu heute hatte das Commando der hiesigen Bürgerwehr die Kameraden zu einer Beratung in das Odeum eingeladen. Nach einem Vertrage über die Beschlüsse der Berliner National-Versammlung vom 23. und 26. d. M. namentlich mit Rücksicht auf die deutsche Bürgerwehr, und in Erwägung, daß die Augen der deutschen Bevölkerung mit Recht auf dieselbe blickten, beschloß die höchst zahlreiche Versammlung, den Beitritt zu dem bereits von dem hiesigen Volke am 26. d. M. votirten Proteste mit dem Zusage:

„diesem Proteste vom 26. Oktober 1848. tritt die Bürgerwehr Posens auf das Entschiedenste bei. Nach Vorschritt der Anordnung vom 19. April c. mit Zustimmung der Obrigkeit gebildet, besteht sie auf Grund der §§. 130 und 128 des Bürgerwehr-Gesetzes vom 27. Oktober c., bis zur Bildung der Bürgerwehr nach den Bestimmungen dieses Gesetzes, als ein verfassungsmäßig anerkanntes Corps. Die Bürgerwehr Posens wird in jedem, selbst dem äußersten Falle ihrer im §. 1. des gedachten Gesetzes ausgesprochenen Bestimmung

die verfassungsmäßige Freiheit zu schützen eingedenk sein.“ Die durchaus einstimmige Versammlung erachtete nämlich die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments vom 27. Juli c. in dem angenommenen §. 1. der deutschen Verfassungs-Urkunde für ein durch die Bürgerwehr zu schützendes, durch keine Partikular-Versammlung umzustößendes Verfassungs-Recht.

Der hiesige constitutionell-demokratische Club hatte in derselben Angelegenheit gestern Abend eine außerordentliche Sitzung anberaunt, die auch von Nichtmitgliedern zahlreich besucht, nach einer durch Gründlichkeit und Lebhaftigkeit gleich anziehenden Debatte mit großer Stimmenmehrheit folgendes Resultat ergab: „Der Club beschließt: 1) bei der Berliner National-Versammlung gegen jede aus dem Amendement Phillips zu ziehende Consequenz, wodurch die in Frankfurt beschlossene Demarkation wieder in Frage gestellt werden könnte, im Voraus Verwahrung einzulegen; 2) an das deutsche Volk einen Zuruf ergoßen zu lassen, um dessen Sympathien für die hier gefährdeten Interessen des Deutschthums in Anspruch zu nehmen; 3) das Parlament in Frankfurt unter Mittheilung des nach Berlin gefandten Protestes anzugehen, daß mit der von ihm beschlossenen Demarkation von dem Reichsministerium schleunigst vorgeschritten werde.“

* Posen, den 30. Oktober. Die Cholera, welche wir nun schon seit länger als 4 Wochen in unsern Mauern beherbergen, tritt wieder mit erneuter Strenge auf, nachdem sie eine Zeit lang nachlassen zu wollen geschienen hatte. Sie zeigt sich jetzt namentlich in der innern Stadt, während sie bisher vorzugsweise in den Vorstädten Wallischei, Schrodkä, Fischerei u. s. w. ihre Verheerungen angerichtet. Die Zahl der wirklich vorkommenden Todesfälle ist weit größer, als die in der Zeitung mitgetheilten Meldungen ausweisen; den Ärzten bleibt nemlich kaum die Zeit für eine genaue amtliche Angabe der ihnen unter die Hand kommenden Fälle Sorge zu tragen. Wir wollen daher unsere Mitbürger warnen, sich nicht einer vorreiligen Sorglosigkeit hinzugeben. Man kann nach Versicherung der Ärzte dem Uebel sehr gut entgegenwirken, wenn man die Vorboten desselben gehörig beachtet; wogegen die Krankheit bei einer auch nur 24stündlichen Vernachlässigung der vorangehenden Symptome die gefährlichste Wendung zu nehmen droht.

Berlin den 29. Oktbr. Die von der National-Versammlung eingesetzte Commission zur Untersuchung der Posener Angelegenheiten hat nunmehr ihren Bericht über die derselben überwiesenen, den Belagerungszustand von Posen betreffenden Vorlagen des Staats-Ministeriums erstattet. In demselben heißt es:

„Auf Grund der von dem letztern gemachten Eröffnungen hatte die Versammlung beschlossen: Die Vorlagen der Regierung in Betreff der Aufhebung des Belagerungszustandes der bereits bestehenden Commission zur Untersuchung der Posenschen Angelegenheiten zur Prüfung und sofortigen Berichterstattung zu überweisen, derselben auch zu überlassen, diejenigen Vorlagen, welche ihr wichtig genug scheinen, zugleich mit ihrem Berichte drucken zu lassen. Die der Commission überwiesenen Vorlagen bestehen aus: A) einem gemeinschaftlichen Berichte des kommandirenden Generals des 5. Armeecorps, von Brünnick, und des Ober-Präsidenten des Großherzogthums Posen, von Beurmann, an das hohe Staatsministerium; B) einem Hefte, enthaltend mehrere Nummern des Blattes „Wielkopolska“ nebst Uebersetzungen daraus, wie aus der „Gazeta polska“; C) einem Hefte „Gazeta polska“ Nr. 7—170; D) einem Hefte „Anträge auf Besetzung“; E) einem Hefte „Acta, betreffend Anträge der Communen auf Besetzung“; F) einer Adresse der Stadtverordneten-Versammlung zu Posen, vom 7. Oktober c. für Beibehaltung des Belagerungszustandes; G) einer Petition mehrerer Bewohner Posens vom 17. Oktober c. um Beibehaltung des Belagerungszustandes; H) einer Petition des deutschen Central-Comitês zu Posen vom 9. Oktober c. um Beibehaltung des Belagerungszustandes; I) einer Petition des Posener Land-Schutz-Vereins vom 16. Oktober c. um Aufhebung des Belagerungszustandes. Außerdem hatte der Abgeordnete v. Pokrzywnicki eine Petition mehrerer Bewohner Posens vom 10. Oktober d. J. gegen Beibehaltung des Belagerungszustandes übergeben. Die Commission hat sich beeilt, sich dem ihr gewordenen Auftrage sofort zu unterziehen, und legt im Folgenden der hohen Versammlung das Resultat ihrer Beratungen

vor. Der Bericht des kommandirenden Generals des 5. Armeecorps von Brünnick und des Oberpräsidenten des Großherzogthums Posen von Beurmann an das hohe Staatsministerium geht von dem Grundsatz aus, daß die Frage, ob der Belagerungszustand von Posen aufgehoben werden könne, einzig und allein von der Beantwortung der Frage abhängt, in welcher Lage sich die Provinz überhaupt befinde, und welchen Einfluß Posen auf dieselbe übe. Was zunächst die Lage der Provinz Posen überhaupt anlangt, so wird in dem Berichte darauf hingewiesen, daß der offene Aufstand, in welchem die polnische Bevölkerung gegen den preussischen Staat gekämpft, erst seit wenigen Monaten unterdrückt worden sei. Folge hieraus schon an und für sich selbst, daß die Ruhe nach so kurzer Zeit noch nicht wiederhergestellt sein könne, so werde diese Folgerung leider auch thatsächlich bestätigt. Die Spannung zwischen beiden Nationalitäten sei noch der Art, daß bei dem geringsten Anlasse der kaum unterdrückte Kampf von neuem in vollen Flammen auflodern müsse. Man habe, statt die Versöhnung und den Frieden herbeizuführen, Alles gethan, die Feindschaft zu nähren und die nationale Trennung in denjenigen Schichten der Gesellschaft rege zu machen und zu befestigen, welche bis dahin völlig unberührt von dieser Frage in friedlichem Verkehre mit einander gestanden hätten, und es sei fast kein Ereigniß eingetreten, welches man nicht von beiden Seiten für diesen Zweck auszubenten gesucht habe. Als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes werden namentlich folgende hervorgehoben:

I. Geltendmachung der confessionellen Unterschiede zwischen den Bewohnern des Großherzogthums. Man habe religiöse Verhältnisse zur Erhaltung und Erweiterung nationaler Trennung zwischen Polen und Deutschen benützt. So sei von den erzbischöflichen Consistorien den Pfarrern aufgegeben worden, vollständige statistische Nachweise über die Bevölkerung nach den Confessions-Verhältnissen in ihren Pfarochien aufzunehmen: eine Maaßregel, welche, wenn sie auch nach den Angaben, die der Erzbischof von Posen über den Zweck derselben gemacht habe, gerechtfertigt erscheinen möge, doch jedenfalls durch die Art und Weise, wie sie an mehreren Orten ausgeführt worden sei, zu Mißstimmung und Befürchtungen der deutschen Bevölkerung Anlaß gegeben habe. Endlich sei auch die Frage über die angeblich beabsichtigte Trennung der Schule von der Kirche dazu benützt worden, die beiden Nationalitäten noch schärfer von einander zu trennen.

II. Agitation der Presse für Herbeiführung einer immer schrofferen Sonderung der Nationalitäten. Zum Beweise dafür, wie die (polnische) Presse es sich zur Aufgabe mache, die Trennung zwischen den polnischen Bewohnern einer-, und den Deutschen und jüdischen andererseits zu nähren und zu erweitern, bezieht sich der „Bericht“ namentlich auf einen Artikel der Gazeta polska vom 11. Oktober c. und auf zwei Artikel des „Großpolen“ vom 20. Sept. und 11. Oktober c. Unter diesen Umständen bedürfe es nach den übereinstimmenden Berichten der Civil- und Militärbehörden nur des geringsten Anlasses, um den kaum unterdrückten Kampf aufs Neue anzufachen, und die militärische Besetzung der Provinz allein sei es, welche den Frieden aufrecht erhalte. Diese Ansicht werde durch die vielfachen Anträge der Communen auf Besetzung bestätigt, von welchen die seit dem 14. April d. J. eingegangenen, dem „Berichte“ beigefügt sind. Auch die Liga polska, welche sich neuerdings aufgethan habe, sei nicht geeignet, diesen Zustand zu ändern. Sie verfolge ihrem offen ausgesprochenen Zwecke nach ausschließlich polnische Interessen, und wenn man auch den Gründern derselben den Glauben nicht verlagene wolle, daß ihre Agitation sich ausschließlich auf dem Boden des Gesetzes bewegen sollte, so dürfe man sich doch andererseits nicht verhehlen, daß sie nicht im Stande sein würden, die Bewegung in diesem Bette zu erhalten. Die Erfahrung habe gelehrt, wie die unschuldigsten, ihrer Absicht nach nur auf das Wohl der Bevölkerung berechneten Vereine stets als Mittel zur feindlichen Agitationen benützt worden seien. Diesen Zuständen gegenüber sei es Pflicht des Staats, alle geeignete Mittel anzuwenden, um die Ruhe zu erhalten, und hierzu erscheine die Fortdauer des Belagerungszustandes von Posen unabweislich nothwendig. Indem die Commission die in den einzelnen ihr überwiesenen Vorlagen aufgestellten Gründe für Beibehaltung oder Aufhebung des Belagerungszustandes der Stadt und Festung Posen einer sorgfältigen Prüfung und Beurtheilung unterwarf, konnte sie sich nicht verhehlen, daß die Spannung zwischen den Deutschen und Polnischen Bewohnern des Großherzogthums noch keineswegs vollkommen gehoben sei. Wenn der Bericht sich auf die übereinstimmende Ansicht der Civil- und Militärbehörden bezieht, welche sich dahin ausspreche, daß die Nationalitäten sich in der Weise gegenüberstehen, daß es nur eines geringen Anlasses bedürfe, um den kaum unterdrückten Kampf aufs Neue anzufachen, und daß nur die militärische Besetzung der Provinz den Frieden aufrecht erhalte, so sah sich die Commission nicht in der Lage, sich in dieser Beziehung ein selbstständiges Urtheil zu bilden, da ihr die Berichte der Behörden, auf welche Bezug genommen ist, nicht vorliegen. Auch legte sie darauf deshalb weniger Gewicht, weil es sich gegenwärtig nicht darum handelt, ob die militärische Besetzung der Provinz, sondern ob der Belagerungszustand der Stadt und Festung Posen beibehalten oder aufgehoben werden soll. Nicht zu verkennen ist, daß die vorliegenden Anträge mehrerer Communen auf Besetzung vielfach die Besorgniß ausdrücken, daß es zu neuen Ruhestörungen kommen werde. Doch muß es in dieser Beziehung wesentlich zur Beruhigung gereichen, daß die ausgesprochenen Befürchtungen sich nicht nur durch den Erfolg bisher als übertrieben erwiesen haben, sondern auch von der höchsten Militärbehörde der Provinz von vorn herein als solche anerkannt worden sind, indem dieselbe den Anträgen auf Besetzung in bei Weitem den meisten Fällen die Gewährung versagt hat; ganz abgesehen davon, daß jenen Anträgen in einzelnen Fällen vielleicht noch andere Motive zu Grunde liegen mögen, als die Besorgniß vor erneuten Ruhestörungen, Motive pekuniären Vortheils, welcher einer Garnisonstadt aus der Garnison erwächst, die in allen Provinzen und zu allen Zeiten ähnliche Anträge hervorrufen, und welche namentlich die Petition der Stadt Lissa geradezu ausdrückt. Mit Recht hebt der „Bericht“ die hohe Wichtigkeit, welche das Großherzogthum Posen vermöge seiner geographischen Lage für Preu-

fen, ja für Deutschland, bei einer Vertheidigung gegen Osten habe, und den Einfluß und die Bedeutung der Stadt und Festung Posen für die ganze Provinz in politischer, wie in militärischer Hinsicht hervor, mit Recht spricht er die von der Commission vollkommen getheilte Ansicht aus, daß deshalb die Sicherung der Festung und der Provinz Posen Pflicht der Regierung sei. Allein wenn die Aufgabe der Commission lediglich darin besteht, zu untersuchen, ob in den der hohen Versammlung überreichten Vorlagen genügende Gründe für eine längere Dauer des Belagerungszustandes der Stadt und Festung Posen enthalten sind, so hat dieselbe es (wie wir bereits mitgeteilt) mit überwiegender Majorität (mit 12 gegen 2 Stimmen) für ihre Pflicht erkannt, die Uebersetzung auszusprechen, „daß die Vorlagen keine Thatsachen enthalten, welche hinreichend wären, die Fortdauer des Belagerungszustandes der Stadt und Festung zu rechtfertigen“, da in den Vorlagen der Regierung der hier allein entscheidende Beweis, daß Aufhebung des Belagerungszustandes mit Aufgebung der Sicherheit der Festung, sowie der Ruhe der Stadt und Provinz Posen gleichbedeutend ist, keinesweges geführt ist.

△ Berlin, den 28. Oktober. Wir haben jetzt auch unsere öffentlichen Frauenklubs. Leipzig hat den Reichen dieser liebenswürdigen Erscheinungen in würdiger Weise mit einem öffentlichen Dienstmädchenklub eröffnet. Wien folgte nach, wollte aber doch die armen Dienstmädchen sich nicht selbst überlassen, drum nahm Frau Fürstin Esterhazy die Sache in die Hand und gründete den dortigen demokratischen Frauen-Verein und die Frauen-Germania. Und nun ist Berlin das dritte Glied im Bunde. Unsere beiden Frauen-Vereine führen dieselben Titel wie die von Wien, der eine „demokratischer Frauen-Verein“, der andere „Frauen-Verein Germania.“ Letzterer hielt gestern seine erste öffentliche Sitzung. Die Zahl der Teilnehmerinnen war, zur Ehre der Berliner Frauenwelt sei es gesagt, sehr spärlich, auf höchstens 40 mochten sie sich belaufen. Dagegen waren die Zuschauer räume von „Herren“ gedrückt voll. Es war also das richtige Verhältniß wie bei jedem ordentlichen Schauspieler, daß die Zahl der Agierenden durch die der Zuschauer bei weitem übertroffen wird. Die ganze Sache wurde auch von den meisten der anwesenden Herren als eine bloße Komödie betrachtet und die auftretenden Rednerinnen wurden wie Komödiantinnen belugt, bekrifelt, applaudirt u. s. w. Sie werden wohl auch zumeist Komödiantinnen sein. Uebrigens hätten sie sich kein besseres Lokal wählen können, es ist das ehemalige Schreierische „Assentheaters“, führt auch im Munde des Volkes nur diesen Namen. Herrliche Uebereinstimmung! Unter den Zuhörern bemerkte ich nur einen Einzigen, der die Sache ernst nehmen wollte. Er meinte, man müsse sich nur an diese ungewöhnliche Erscheinung erst gewöhnen. Ja allerdings, gewöhnen! Die Macht der Gewohnheit ist groß, man kann sich selbst an Brechmittel gewöhnen. Der Präsidentin der Frauen Germania setzte in ihrer Eröffnungsrede auseinander, daß dieser Frauenverein eigentlich nur aus dem demokratischen Frauen-Verein hervorgegangen sei, mit diesem die gleichen demokratischen Tendenzen verfolge, und nur darin von ihm verschieden sei, daß er mehr die Aufgabe gegenseitiger Belehrung sich gestellt, während jener mehr das praktische Wirken unter den Arbeiterinnen. Das heißt also, das Schauspielerpersonal ist dasselbe, nur das eine Mal spielen sie die reine Posse, und das andere Mal ein Vaudeville, eine Tragikomödie, oder Aehnliches. — Uebrigens erklärte die Präsidentin, daß die Frauen dieses Vereines nicht etwa eine Emancipation wollten, wie sie von manchen Weibern dieser Zeit erstrebt werde, in welcher die Frauen mit Männern einen Wettkampf im Trinken und Rauchen anstellen; sie wollten nur durch die Waffen des Geistes ihre bis jetzt ihnen von der Männerwelt vorenthaltenen Rechte erkämpfen, die Rechte des Geistes (!) und des Staatsbürgerthums. Die Primadonna dieser Germaniatruppe ist ein bekanntes Mädchen, sie nennt sich Lenze. Es ist in letzterer Zeit hier oft von ihr gesprochen, theils bei Gelegenheit ihres Vortrags im Hause Ludwig Tieck's, theils bei Gelegenheit des großen demokratischen Zuges, bei welchem sie dem bekannten Grafen Reichenbach einen Lorbeerkranz aufs Haupt gedrückt. Der weise Salomo hat doch Recht, es giebt nichts Neues unter der Sonne. Wer denkt nicht an die Lystrata des Aristophanes.

Köln, den 22. Oktober. Der Arbeiter-Verein, der nach der Verhaftung oder Flucht seiner sämtlichen Häupter der Auflösung nahe war, hat als letztes Mittel sich an den Redacteur en chef der Neuen Rheinischen Zeitung gewandt und diesen gebeten, an die Spitze des Vereins zu treten. Dr. Marx hat dieser Bitte entsprochen: obwohl seine Stellung in Köln sehr precar sei und die vom Ministerium auf sein Naturalisations-Gesuch erhaltene Antwort einem verstockten Ausweisungsbefehl ähnlich sehe, obwohl er außerdem wegen eines angeblichen Preßvergehens vor die Assisen verwiesen und endlich durch die Zersprengung der Redaction seiner Zeitung mit Arbeiten überhäuft sei, erklärte er sich doch bereit, provisorisch und bis zur Freilassung Dr. Gottschalks das Präsidium des Vereins zu übernehmen, „damit Regierung und Bourgeoisie sich überzeugen, daß ihren Verfolgungen zum Trotz sich immer Leute finden, bereit, sich den Arbeitern zur Verfügung zu stellen.“ Der neue Präsident hat damit debütiert, daß er eine, natürlich mit Acclamation angenommene, Adresse an die Wiener Arbeiter beantragte.

Dessau den 21. Okt. (Magd. Ztg.) Gestern war keine Sitzung, weil mehrere Abgeordnete im Auftrage des Landtages nach Bernburg gereist waren, um die dort verbreiteten falschen Gerüchte über die von dessauer Seite stattgehabte Sendung des Abgeordneten Schilling nach Frankfurt zu widerlegen. Unbegreiflicherweise hatte dort das Mißtrauen Platz gegriffen, Schilling sei nur nach Frankfurt gesendet, um den von Bernburg durch den Dr. Piper an die Reichsgewalt gebrachten Wünschen und namentlich dem, daß nicht Reichstruppen nach Bernburg zusammengezogen würden, entgegenzuwirken, während doch das gerade Gegentheil die Wahrheit war.

In der heutigen Sitzung stattete Präsident Wolter Bericht über diese Reise von Abgeordneten nach Bernburg ab und verlas dann das mittlerweile vom

Abgeordneten Schilling aus Frankfurt eingelaufene Schreiben, welches über seine Unterhaltung mit dem Reichs-Minister von Schmerling Nachricht gab und namentlich über die gefürchteten Truppen-Bewegungen die beruhigendsten Erklärungen des Letzteren mittheilte. Es werden durch die Bekanntmachung dieses Schreibens alle mißtrauischen Gerüchte über die Sendung Schillings aufs vollständigste niedergeschlagen werden, und der Landtag beschloß deshalb auch, eine Abschrift desselben nach Bernburg mitzutheilen. Auf der Tagesordnung stand der mündliche Bericht der Commission zu §. 66, welchen Abgeordneter Lagemann erstattete. Die Commission empfahl die vollständige Annahme der höchst freisinnigen ministeriellen Vorlage, welche auch fast ohne alle Diskussion gegen 1 Stimme (Martini) erfolgte. Der §. lautet hiernach: „Alle Gesetze, durch welche die Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde abgeändert werden sollen, bedürfen der Zustimmung des Landtages und der Sanction des Herzogs. Bei der Sanctions-Verweigerung müssen die Gründe derselben angegeben werden. Wenn der Regent einem die Abänderung der Verfassung bezweckenden und von zwei aus verschiedenen Wahlen hervorgegangenen Landtagen gefaßten Beschlüssen die Sanction verweigert hat, so muß derselbe binnen 6 Monaten der Gesamtheit derjenigen Staatsbürger, welche zur Wahl von Landtags-Abgeordneten berechtigt sind, in den einzelnen Wahlbezirken vorgelegt werden. Nimmt die Majorität der Wahlberechtigten den Beschluß an, so kann der Landesherr die Bestätigung desselben nicht verweigern. Erfolgt diese Bestätigung dennoch nicht binnen 4 Wochen nach erfolgter Vorlegung desselben durch den Landtag, so erhält der Beschluß von selbst gesetzliche Kraft. Es wird durch ein besonderes Gesetz die Art und Weise, wie in den obigen Fällen die Beschlüsse des Landtages der Gesamtheit der Wahlberechtigten vorzulegen sind, in welcher Weise dieselben in den einzelnen Bezirken abstimmen, ihre Beschlüsse fassen und dem Landtage mittheilen, näher festgesetzt werden.“

Gotha, den 22. Okt. Die hiesige Ständerversammlung geht ruhig, aber entschieden in der Berathung über die neue Verfassung vorwärts. Einstimmig ist von ihr ausgesprochen worden, daß ihre Beschlüsse keiner Genehmigung der Regierung bedürfen, sondern daß dieselbe sie nur auszuführen habe. Die Lehngelber werden unter billiger Ablösung aus den Taschen der Verpflichteten beseitigt; viele Lasten sind ohne Schadloshaltung aufgehoben worden. Sehr gründliche finanzielle Erörterungen sind wegen der Vereinigung der Koburger und Gothaischen Landestheile im Gange. Demnächst sehen wir Durchmärsche hannoverscher Truppen nach Meiningen entgegen.

Frankfurt a. M., den 24. Okt. Das Reichsministerium des Innern publicirt die in Frankfurt beschlossenen §§. 25—33. des Art. VII. der Grundrechte und empfiehlt den Einzelregierungen die Vorarbeiten für ihre Verwirklichung jetzt schon zu beginnen. Das Document schließt mit den Worten: Das Reichs-Ministerium des Innern glaubt sich der sicheren Erwartung hingeben zu dürfen, daß alle Deutschen Regierungen eifrigst bemüht sein werden, dieser Aufforderung zum Wohle der großen Zahl aller Grundeigentümer bereitwillig zu entsprechen und sich dadurch in der Zufriedenheit der zahlreichsten Volksklasse die sicherste Bürgschaft der Fortdauer eines geordneten Rechtszustandes zu verschaffen. Frankfurt a. M., den 22. Okt.

Der Reichs-Minister des Innern, Schmerling.

Gestern Nachmittag um vier Uhr fand die feierliche Beerdigung des Abgeordneten Bruck aus Rhein-Hessen statt. Am Grabe sprachen Gager und Löwe aus Kalbe.

Frankfurt a. M., den 24. Okt. (O. P. M. Z.) 101ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. (Schluß.) Der Tagesordnung gemäß, wird zur Berathung über den Bericht des Ausschusses für die Oesterreichischen Angelegenheiten, die Anträge der Abgeordneten Benedey und Nauwerck die Wahrung der Interessen Deutschlands in den gegenwärtigen Zuständen Oesterreichs betreffend, geschritten. Der Antrag Benedey's und Genossen lautet: „Die Reichs-Versammlung möge beschließen: 1) das Reichs-Ministerium aufzufordern, bei den gegenwärtig eingetretenen Zuständen in Oesterreich alle hier in Frage gestellten Deutschen Interessen in Schutz zu nehmen und sie mit allen Kräften Deutschlands zu unterstützen; 2) das Reichsministerium aufzufordern, Sorge dafür zu tragen, daß alle Truppen Deutsch-Oesterreichischer Länder nur den gesetzlichen und verantwortlichen Behörden, dem konstituierenden Reichstage und den konstitutiven Ministern zur Verfügung stehen; 3) das Reichsministerium aufzufordern, die Ausführung und Verwirklichung dieser Beschlüsse unmittelbar den von der Centralgewalt abgeordneten Commissarien zu übertragen.“ Nauwerck beantragt; „Die Nationalversammlung beschließt: 1) dem Oesterreichischen Reichstage nebst den Sicherheits-Behörden Wiens für jetzt als der einzigen gesetzlichen Gewalt des Deutschen Oesterreichs unverzüglich gegen die äußeren und inneren Feinde den nachdrücklichsten Beistand zu leisten und zu diesem Behufe sofort ein Reichsheer aufzubieten.“ Die Majorität des Ausschusses von 10 Mitgliedern stellt hierzu folgenden Antrag: Die National-Versammlung möge beschließen: 1) Die von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland verfügte Abordnung von Commissairen nach Wien, — in welcher die National-Versammlung sowohl ein Mittel zur Abwehr des Bürgerkrieges und zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung, als auch gleichzeitig eine Gewähr der Sicherung der Interessen Deutschlands wahrnimmt, — gutzuheißen; 2) das Reichsministerium aufzufordern, nach Maßgabe der von den Commissairen eingehenden Berichte sogleich die weiter erforderlichen Schritte zu thun, insbesondere aber mit aller Entschiedenheit jede zum Schutze etwa in Frage gestellter Interessen Deutschlands notwendige Maßregel zu ergreifen und über dieselben der National-Versammlung Mittheilung zu machen. Der Antrag von fünf Mitgliedern dagegen lautet: Die Reichs-Versammlung möge beschließen: 1) das Reichs-Ministerium aufzufordern, bei den gegenwärtig eingetretenen Zuständen in Oesterreich alle hier in Frage gestellten Interessen Deutschlands in Schutz zu nehmen und sie mit allen Kräften Deutschlands zu unterstützen; 2) das Reichsministerium aufzufordern, Sorge dafür zu tragen, daß alle in Deutsch-Oesterreichischen Landen befindlichen Truppen nur den verfassungsmäßigen und gesetzlich verantwort-

lichen Organen zur Verfügung stehen; 3) das Reichsministerium aufzufordern, die Ausführung und Bewirkung dieser Beschlüsse unmittelbar den von der Centralgewalt abgesandten Commissairen zu übertragen. In Bezug auf den Antrag des Abg. Nauwerck, so weit derselbe nicht durch die vorstehenden Erachten erledigt ist, erachtet der Ausschuss der National-Versammlung, vorzuschlagen, zur Tagesordnung überzugehen. In der Berathung erhält zuerst das Wort Reitter aus Prag. Der Redner spricht für den Antrag der Minorität, welchen er selbst mit unterzeichnet hat. **Maifeld:** Es ist der Würde der National-Versammlung angemessen, entschieden aufzutreten und zu sagen, dies ist Deutscher Boden. Ich bin für das Majoritäts-Entscheiden, falls der Ausdruck „Sorge zu tragen“ in „sogleich die Verfügung zu treffen“ umgewandelt wird. Berger erinnert an die Beantwortung einer früher von ihm gestellten Interpellation. Mit den Rebellen von oben verfähre man viel glimpflicher, als mit denen von unten. Die Vorlage des Ausschusses sei dürftig; in ihr finde sich das System organisirter Langweile ausgedrückt. Der Redner verlangt ein Misstrauens-Votum gegen das Ministerium, Aufhebung der Cernirung Wiens, Rückkehr des Kaisers, Rückzug der fremden Truppen. Ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß die Oesterreicher in Wien Demokraten sind; ich würde es bedauern, wäre dies der Fall nicht. (Bewegung.) Dekretiren Sie den Abzug der Truppen von Wien, und das Materielle des Streites hat ein Ende. Dahinter aber lauert dessen geistige Potenz, die Reaction in Olmütz und die Freiheit zu Wien. von Somaruga charakterisirt die Ungarische Bewegung in einer anderen Weise als seine Vorredner, indem er darauf aufmerksam macht, wie die Freiheits-Bestrebungen der dortigen Bewegungs-Partei nie mit den wahren Bedürfnissen des Landes sich vereinbart haben. Durch die Absendung der Bevollmächtigten der Centralgewalt wird so viel gewahrt, als die augenblicklichen Verhältnisse es gestatten. Schmidt aus Schlessien begnügt sich mit keinem der vorliegenden Anträge. Je mehr es wünschenswerth sei, daß die obwaltenden Zustände in Oesterreich sich heilegen, um so weniger dürften dieselben den Ministern der Centralgewalt übertragen werden. Der Redner beantragt, die Minister der Centralgewalt möchten auch ferner ruhig zusehen, wie die Oesterreichischen Verhältnisse sich entwickeln, weil man den Teufel nicht austreiben könne durch den obersten der Teufel. (Bravo links.) v. W i n k e: Es handelt sich durchaus nicht darum, ob eine Bewegung eine monarchische, aristokratische oder demokratische ist, sondern lediglich darum, ob ihr Zustandekommen auf gesetzlichem Wege geschieht. Die Bewegung in Wien aber war eine anarchische. Beweis davon ist die Thatsache welche der Abgeordnete Wassermaan in seiner letzten Rede ausführte. Kein Mitglied der Aula wagte es, dem Mörder Latour's der mit blutgefärbter Stange vor die akademische Legion trat und fragte: „habe ich nicht Recht gethan?“ das einfache Wort: „Nein!“ entgegen zu rufen. Das Kommando der National-Garde ging an einem einzigen Tage viermal in andere Hände über; und wenn der Befehlshaber der Bürgerwehr in einer Proclamation zu der Ermahnung sich gezwungen sah, man möge doch in militairischen Dingen gehorchen, so frage ich, liegt hier kein Beweis von Anarchie vor? Man spricht von Nationalitäten; anstatt aber von der eigenen zu sprechen, führt man uns immer fremde Stammes-Angelegenheiten vor. Unrecht ist es, dem Ministerium Schwierigkeiten zu bereiten in Augenblicken, wo die Interessen des Vaterlandes in der Schwebe sind. Der Redner stimmt für den Antrag der Majorität, als einem Vertrauensvotum für das Ministerium. Vogt findet die Ausschuss-Anträge als Vertrauensvoten sehr richtig; dies sei aber auch der einzige Punkt, worin er seinem Vorredner beistimme. Allein es müsse auch untersucht werden, ob das Ministerium ein solches Vertrauen verdiene, und ob es fähig sei, noch fernerhin das Steuer des Staates zu lenken. Der Redner greift das Ministerium heftig an: wo es geglouen, Kraft zu zeigen, sei es im Uebermaße seiner Schwäche zusammengefunken. Wassermaan beantragt, gestützt auf die Geschäftsordnung, daß auch ein Redner für den Majoritäts-Antrag gehört werde. Auf vielfachen vorhergegangenen Schlussprüf bringt der Vorsitzende den Schluss der Debatte zur Abstimmung; derselbe wird jedoch abgelehnt. E i s e n m a n n stellt den Antrag, die National-Versammlung wolle dem Reichs-Ministerium aufgeben, die nach Wien abgegangenen Reichs-Kommissaire zu instruiren und zu ermächtigen, Alles aufzubieten zur Herstellung der Ruhe und geselligen Ordnung im Sinne des Anschlusses der Oesterreichisch-Deutschen Provinzen an Deutschland, wie auch die Oesterreichische Regierung zu veranlassen, das Ausscheiden der nichtösterreichischen Abgeordneten aus dem Wiener Reichstage zu verfügen. **W e n e d e y:** Nicht nur handelt es sich um die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung, sondern auch um die Erhaltung der Freiheit und Einheit in Oesterreich. Die beiden letzten Momente sind in der Instruktion der Reichs-Kommissairen zu suppliren. Wassermaan: Ob die Bewegung in den Oesterreichischen Provinzen eine Slavische oder Deutsche sei, beweisen nicht Worte, sondern Thatsachen. In den Demokratien sind Zahlen von großer Geltung. Wenn nun, wie erwiesen ist, die Ungarn in den aufgeregten Landestheilen die Minderzahl der Bevölkerung bilden, so können wir die Kroaten nicht geradezu verdammen. (Unterbrechung. Der Vorsitzende ermahnt zur Ruhe.) Die Kroaten haben in gewissem Maße Recht, die Herrschaft der Minderheit sich nicht gefallen zu lassen. (Wiederholte Unterbrechung von der Linken. Der Redner: Es wäre aber doch anständig, wenn Sie mich nicht unterbrächen.) Wie groß diese Herrschaft ist, geht daraus hervor, daß in allen Schulen in magyarischer Sprache gelehrt wird, während doch selbst Rußland auf der Hochschule Dorpat die Deutsche Sprache zuläßt. (Nochmalige Unterbrechung. Der Vorsitzende läßt den Ordnungsruf ergehen.) Was die Oesterreichische Regierung diesem Bruderkriege gegenüber gethan hat? Sie hat eine Vermittelung eingeleitet und die Gleichstellung der Nationalitäten als deren Basis aufgestellt. Es soll eine glorreiche Erhebung sein, wenn ein Theil der Wiener Bevöl-

kerung eines verbrecherischen Regiments sich annimmt? Wenn die freie Presse und eine gesetzliche Volksvertretung besteht, so ist jede Gewaltthat ein Verbrechen! (Bravo.) Wenn die Russen, Ungarn, Piemontesen und Franzosen über diese Erhebung sich freuen, so haben wir am wenigsten Ursache, diese Freude zu theilen, hinter der die Kriegesfurie lauert. Soll Deutschland den umliegenden Mächten Achtung einflößen, so darf es keine solche Erhebung dulden. Wenn, wie gesagt worden, das Ministerium um die Polizei sich verdient macht, so übt es durch die Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern und der Achtung nach außen eine Polizei, wodurch das Vaterland vor Verderben bewahrt wird. (Beifall.) Die Versammlung entscheidet sich für den Schluss der Debatte. Schubert als Berichterstatter empfiehlt nochmals den Majoritäts-Antrag, welcher sofort auch mit 250 gegen 166 Stimmen bei namentlicher Abstimmung zum Beschlusse erhoben wird. Schluss der Sitzung um 4 Uhr Nachmittags. Nächste Sitzung, Dienstag, 24. Okt. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über Art. II. §§. 2 bis 4 des Verfassungsentwurfs.

Wien, den 22. Okt. Den 21. l. M. Abends ist von den Reichs-Commissairen nachstehende Zuschrift an das Reichstags-Präsidium eingelangt:

An ein hohes Präsidium der Reichs-Versammlung zu Wien.

Ein hohes Präsidium wird unsere per Ekspete abgegangene Zuschrift und Sendung vom 19. d. M. aus Passau erhalten haben. Nachdem wir seither in Linz und auf der Reise hierher durch Mittheilungen der Behörden und notabler Einwohner die Lage der Dinge zu Olmütz und Wien näher erfahren, haben wir den Entschluß gefaßt, von hier aus zunächst direkt zu Sr. Majestät dem Kaiser nach Olmütz uns zu begeben. Wir hoffen von dort recht bald als Boten des Friedens und der Versöhnung nach Wien zu kommen. Unser dringendes Ersuchen, unsere Aufforderung im Namen des Reichsverwesers an alle Parteien, Behörden und Einzelnen geht dahin, bis zu unserem Erscheinen jedes Zusammentreffen mit den Waffen zu vermeiden.

Ein hohes Präsidium ersuchen wir inländisch und geziemend, im Interesse unserer großen Aufgabe für die sofortige Veröffentlichung des Inhalts dieses Schreibens, in Gemeinschaft und unter Mitwirkung aller in Wien bestehenden Behörden, gencigte Sorge tragen zu wollen.

Krems, den 21. Oktober 1848.

Hochachtungsvoll verharrend die Reichs-Commissaire
E. Welker m. p. Mosle m. p.

Mailand, den 19. Okt. Der Feldmarschall Graf Radetzky hat am 16. Okt. an die Soldaten der Garnison von Wien folgende Worte gerichtet: „Ich bin nicht Euer kommandirender General, Ihr seid nicht gewohnt, auf meine Stimme zu hören und ihr im Kampfe zu folgen; aber als Feldmarschall und ältester Soldat der Armee steht mir das Recht zu, ein ernstes Wort an Euch zu richten. Unerhörte Dinge haben unter Euren Augen stattgefunden, Oesterreichs makellose Fahne ist durch Verrath und Blut besleckt. . . . Soldaten der Wiener Garnison, sagt mir, im Namen der Armee von Italien, Eurer Waffenbrüder, frage ich Euch — habt Ihr Eure Pflicht gethan? Wo war die Wache, die den Feldzeugmeister Latour verteidigen sollte, die eher zu seinen Füßen sterben mußte, als ihn der Wuth eines blutdürstigen aufgeregten Pöbels preiszugeben? Wo weilen die Verräther, die unsere Fahne mit Schmach bedeckten? Hat sie die gerechte Strafe schon erlitten? Oder schleppen sie ihr verächtliches Dasein noch in den Reihen der Empörer fort? Soldaten! Schmerz ergriff mich, Thränen erfüllten mein altes Auge, als ich die Kunde dieser in den Annalen der Oesterreichischen Armee unerhörten Schandthaten erfuhr. . . . Soldaten! In Eurer Hand liegt jetzt der Schutz des Thrones und mit ihm die Erhaltung des Reiches. Möge Gottes Gnade mir gestatten, den Tag zu erleben, wo man sagen wird: „Die Armee hat Oesterreich gerettet,“ dann, erst dann wird der 6. und 7. Oktober dieses unheilswangeren Jahres gesühnt sein und in Vergessenheit sinken, dann reicht Euch die Armee von Italien, die jetzt die Grenzmarken der Monarchie gegen äußere Feinde schützt, die Bruderhand.

Radetzky, Feldmarschall.

— Ein zweiter Armeebefehl, Hauptquartier Mailand, den 18. Okt. 1848, lautet, wie folgt: „Soldaten! ich habe Euch den Aufruf bekannt gemacht, den ich an die Garnison von Wien erließ. Ihr werdet daraus ersehen haben, daß das Grenadier-Bataillon Richter im Rausche seiner Pflicht vergaß, den Gehorsam verweigerte und auf seine Kameraden feuerte. Es ist mir die Nachricht zugekommen, daß dieses Bataillon reumüthig zu seiner Pflicht zurückgekehrt und, damit es seine Reue durch die That beweisen könne, den Kommandirenden gebeten habe, es an die Spitze der ersten Sturmkolonne zu stellen. Soldaten! Ich habe Euch mit der Schmach dieses Bataillons bekannt gemacht, ich muß Euch auch seine Reue mittheilen. Ich bin dieses insbesondere der Ehre der tapferen Regimenter schuldig, aus denen dieses Bataillon zusammengesetzt war. Zwar kann diese späte Reue die Makel nicht auslöschen, die dieses Bataillon seiner Fahne, die auch die Euerer ist, aufgedrückt hat, aber doch thut es einem alten Soldatenherzen wohl, zu hören, daß die Pflicht über den Verrath die Oberhand gewonnen. Bald hoffe ich, Euch sagen zu können, daß Euerer unglücklichen und verführten Kameraden ihren Fehler mit Blut und Leben ausgeldscht haben. (Gey.) Graf Radetzky, Feldmarschall.“

Das Grenadier-Bataillon Richter bestand aus Soldaten der Regimenter Grabowsky, Heß und G. H. Baden.

M u s l a n d.

M o l d a u u n d W a l l a c h e i.

Ezernowiz, den 14. Oktober. Seit dem 7. Oktbr. sind in Jassy abermals 2000 Russen eingerückt. 1500 Mann sind bei Oesterreichischen Staatsbürgern, deren Seelenzahl sich auf 8000 in Jassy beläuft, einquartiert worden. Die stabile Garnison in Jassy beträgt also vorläufig 5000 Mann Russen, Kosaken und Artillerie ungerchnet. — Sicherer Nachrichten aus Bukarest zufolge sind 10,000 Panduren (Gebirgsbewohner an der Grenze Siebenbürgens) im

Anmarsche gegen Bukarest. Fuad Effendi sandte ihnen den Befehl zu, sich zu zerstreuen, widrigenfalls er mit seiner ganzen Heeresmacht (15,000 Mann) gegen sie ziehen werde.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staatsverfassung.

Siebenundachtzigste Sitzung, vom 27. Oktober. Vicepräsident v. Unruh eröffnet die Sitzung nach 9 1/2 Uhr. Er kündigt an, nachdem der Präsident Grabow gestern sein Amt niedergelegt habe und ihm ein vierwöchentlicher Urlaub ertheilt sei, morgen früh zunächst die Wahl eines neuen Präsidenten statt finden, hierauf aber der Bericht der Petitions-Commission zum Vortrag kommen werde.

sammten in einer Wirthschaft geborenen oder aufgezogenen Vieh oder von einzelnen Gattungen desselben, gewöhnlich das zehnte, bisweilen auch das nach einem andern Zahlenverhältniß bestimmte Stück in Natur, oder an dessen Statt einen Geldbetrag zu fordern, desgleichen den Bienenzucht.

Eine lange Debatte folgt, in welcher Waldeck, Walter und Andere auf Ursprung der Geschichte des Zehnten eingehen. Auch die Minister der Justiz, des Inneren und der Finanzen sprechen; letzterer bringt bei, daß durch die Aufhebung des Zehnten für die Staatskasse jährlich ein baarer Ausfall von 30,000 Thlr. entstehe.

Resümiert berichtet faktisch: Der Fiskus könne nichts verlieren, denn er habe keine Güter gekauft. Wollte man den Bauern die Befreiungen nicht geben, so würden sie sich dieselben nehmen. (Unruhe.) — Waldeck, als faktische Bezeichnung: Der Herr Minister hat sich erlaubt zu behaupten, mein Amendement rufe die Aufregung hervor.

Zur Abstimmung kommt hierauf zuerst das Amendement der Abg. Waldeck, D'Estor und Elsner, vereinigt mit dem Zusatz v. Lisiecki's, wonach es lautet: „Zehnten jeder Art. — In Ansehung der Zehnten, welche zur fixen Einnahme eines Pfarrgeistlichen oder einer Kirchenfabrik gehören, bleibt die Bestimmung über Entschädigung derselben einem besonderen Gesetze vorbehalten, es wird jedoch, bis zur Emanirung des gedachten Gesetzes, der vorbenannte Zehnte fortentrichtet.“

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Den am 28sten d. Mts. Abends 9 1/2 Uhr an der Cholera erfolgten sanften Tod unsrer theuren geliebten Gattin und Mutter, Amalie Biernacki geb. de l'Egret, zeigen, um stille Theilnahme bittend, hiermit statt besonderer Meldung ergebenst an die tiefgebeugten Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag um 3 Uhr Nachmittags statt.

Interessante Flugschrift für Militairs!

So eben ist bei Leopold Schlesinger in Berlin erschienen und durch alle Buchhandlungen für 3 Sgr. zu beziehen, in Posen vorrätig bei Gebrüder Scherf, Markt No. 77.:

Das vereinbarte Militair-Advance-ment. Eine Beleuchtung der Kabinetts-Ordre vom 19ten September 1848 von Otto de la Chevalerie, Lieutenant a. D.

Nothwendiger Verkauf.

Land- und Stadtgericht zu Gnesen. Das hier selbst in der Pfarrstraße No. 33/15. belegene Grundstück des Gastwirths Franz Dartsch, abgeschätzt auf 5827 Rthlr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tare, soll am 15ten März 1849 Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Im Hofe des hiesigen Schullehrer-Seminars sollen am Montag den 6ten November Nachmittags 3 Uhr einige beim Bau des dortigen artesischen Brunnens gebrauchte Bauhölzer und verschiedene Geräthschaften gegen gleich baare Bezahlung meistbietend verkauft werden, wozu Kauflustige hierdurch eingeladen werden.

Posen, den 28. Oktober 1848. Schinkel, Bauinspektor.

Mit dem heutigen Tage ist am hiesigen Orte im Gräfl. Dziahynski'schen Palais am alten Markte eine Handlung von Eisen-, Stahl- und Messing-Fabrikaten unter der Firma:

Handlung der vereinigten Schlosser eröffnet worden.

Vorsicherer genannter Handlung sind zur Zeit: Leopold Niedzielski, Janaz Bruttowski und Joseph Bogdansti. Alle Verhandlungen und Correspondenzen, so wie auch Verpflichtungen obiger Handlung werden von dem Vorstands-Mitgliede Leopold Niedzielski unterzeichnet.

Beachtungswerthe Anzeige. Einen neuen großen Transport von den beliebten Berliner Corsetts in verschiedenen Façons empfangen in Commission und empfiehlt das Stück von 1 Rthlr. bis 3 Rthlr.

Eduard Vogt, Ziegenstraße No. 22.

Geschäfts-Veränderung. Die Verlegung meiner Kammfabrik von der Wasferstraße No. 23. nach der Breitenstraße No. 18. in das Haus des Herrn Kanzleirath Knorr, bringe ich hiermit zur gefälligen Kenntniß, und empfehle mein reichhaltig assortirtes Lager unter Versicherung der reellsten Bedienung.

Brennholz-Verkauf.

Ich verkaufe auf meinem Holzplaz Graben No. 5.: die Klasten Buchen-Kloben zu 5 Rthlr. 10 sgr., dt. Birken-Kloben = 4 = 25 = dt. Eichen-Kloben = 4 = 15 = dt. Eichen-Kloben = 3 = 20 =

Das Holz ist trocken, gesund und stark klobig. Vincus Misch.

Billiger Brennholz-Verkauf. Von heute ab wird verkauft Graben No. 12.b. auf dem Sanderschen Holzplaz: starkes trockenes Klobenholz: die Klasten Buchen-Kloben 5 Rthlr. 10 sgr., dt. Birken-Kloben 4 = 22 1/2 = dt. Eichen-Kloben 4 = 12 = dt. Eichen-Kloben 3 = 20 =

Zum Mittagstisch im Abonnement pro Monat 6 Rthlr. ladet ergebenst ein Gerlach, Wilhelmplatz No. 15.

Achten Limburger Käse empfing die zweite Sendung in ausgezeichneter Qualität und empfiehlt solchen — so wie auch Achten Schweizer Käse, letztern zu 6 Sgr. pro Pfund, die Material- und Weinhandlung C. F. Binder.

Berliner Börse.

Table with columns: Den 28. October 1848., Zinst., Brief., Geld. Rows include Staats-Schuldscheine, Seehandlungs-Prämien-Scheine, Kur- u. Neumärkische Schuldversch., Berliner Stadt-Obligationen, Westpreussische Pfandbriefe, Grossh. Posener, Ostpreussische, Pommersche, Kur- u. Neumärk., Schlesische, v. Staat garant. L. B., Preuss. Bank-Antheil-Scheine, Friedrichsd'or, Andere Goldmünzen à 5 Rthlr., Disconto, Eisenbahn-Actien, Berlin-Anhalter A. B., Berlin-Hamburger, Berlin-Potsdam-Magdeb., Berlin-Stettiner, Köln-Mindener, Magdeburg-Halberstädter, Niederschles.-Märkische, Ober-Schlesische Litt. A., Rheinische, Thüringer, Stargard-Posener.

(Mit einer Beilage.)

Z u l a n d.

C Berlin, den 27. Oktober. Die gestern gemeldete Aufregung des souverainen Volks beim Zeughaus verlief ohne weitere Folgen. Der mit Waffen etc. abgehende Kahn mußte von der Bürgerwehr, die indeß auf den Alarm sehr spärlich sich einfand, bis zur Tichyschen Schwimm- und Badeanstalt geleitet werden. Namentlich bei der Passage der Brücken war der Schutz derselben nothwendig. Die Unterbaumsbrücke war vollständig gesperrt, wurde aber sehr bald, als die Bürgerwehr erschienen war, wieder geöffnet. Das Zeughaus war von einem Commando Jäger und anderer Infanterie besetzt. Von den ersteren soll einer, wie das Volk bemerkt haben will, während des Auslaufes auf einen der Volksredner angelegt haben. — Die hiesigen Volksversammlungen und Clubs werden immer mehr vom Militair jeden Ranges besucht. Ganz besonders gilt dies vom Militair-Reformclub. Es darf daraus aber kein Schluß auf die Demokratisirung des Militairs überhaupt gezogen werden. Wie wenig diese gedeihen, hat der Dr. Löwison, einer unserer rothesten Reactionäre in diesen Tagen in dienstl. Angelegenheiten auf die schlagendste Weise erfahren. Am meisten gefördert werden diese demokratischen Gesinnungen unter dem Militair durch die übermäßige Strenge, mit der sie jetzt namentlich in Bezug auf das abendliche Ausgehen behandelt werden.

In Bezug auf den Minister-Präsidenten v. Pfuell theile ich Ihnen noch eine bezeichnende Anekdote mit. Als derselbe am 16. unter Bezugnahme auf die Reden des Königs am 15. seinen Abschied verlangte, sagte der König: So etwas muß ich von einem alten Preuß. General hören? — Pfuell antwortete: Majestät, ich bin konstitutioneller Minister.

C Berlin, den 28. Oktober. Zwischen den beschäftigten und unbeschäftigten Arbeitern im Köpnick'schen Felde ist folgende Uebereinkunft getroffen: Die beschäftigten Arbeiter geben jeder wöchentlich 1 Egr. von ihrem Lohne. Von der hiedurch erzielten Summe, deren Verwaltung dem Demokraten Benary übertragen ist, erhält 1) Jeder ohne seine Schuld entlassene Arbeiter wöchentlich 1 Thlr. 2) Jeder am 16. Verwundete bis zu seiner Herstellung eine angemessene wöchentliche Unterstützung, endlich 3) erhalten die Hinterbliebenen der am 16. Gefallenen eine wöchentliche Unterstützung. So erhält eine Wittve mit 8 Kindern wöchentlich 3½ Thlr. und ein am Arm Verwundeter 1 Thlr. 20 Egr. Gestern wurden die Bürger und Handwerker Berlins durch ein Plakat zu einer Versammlung aufgefördert, um gemeinsame Schritte gegen die Gewerbe-freiheit zu berathen, da die Gewerbe täglich mehr und mehr dem Drucke der Geldverhältnisse und dem Wucher erliegen.

Morgens um 6 Uhr erhebt sich vor dem Wachthause in der Mauerstraße ein dumpfes Geräusch, als ob ein Emeute-Gewitter aufstiege. Von Minute zu Minute wächst der Lärm; gellende Stimmen, kampflustige Worte, erhobene Hände und Stöße. Hüte mit Hahnenfedern sind Attribute dieses drängenden Menschenknäus. Ob das souveraine Volk die Wache stürmen will? Ach nein! Die Summler pränumeriren auf die Billets zur National-Vers., um solche mit Wucher den Fremden zu überlassen. Durch das Geschäft ist das Leben für heut gefristet und es bleibt nur noch übrig zum Dank die Mitglieder der Rechten auszuspfeifen. Das sind die Helden, die den Dank des Vaterlandes votiren.

Die gestern stattgehabte erste Sitzung des demokratischen Congresses hat die republikanische Demokratie in ihrer vollen Gehalts- und Hilfslosigkeit gezeigt. Deutsche Bärte aller Formen, jeden Zuschnitts; aber kein Geld. Minister des Innern und des Aeußern, aber keine Finanzminister; und wenn auch ein Finanzminister sich fände, woher soll die Kasse genommen werden? Vom sauren Schweisse der Arbeiter eine Kopfsteuer, wöchentlich nur 1 Egr. Armer Kriege! der in Hamburg sein Brod mit Vorlesungen verdienen mußte. Wäre doch, gleich den Bärten, auch das deutsche Eigenthum im Congress repräsentirt. Aber noch schlimmer. Herr Kriege sprach öffentlich aus, daß die Berliner Märzbewegung mehr von Fremden als von Berlinern gemacht sei. Das ist doch offenbare Verleugnung der Revolution. Gerade so, wie unsere Linke längst das Produkt dieser Revolution, die Frankfurter „Gesellschaft“ verleugnet hat. Auch der Zwiespalt ist in die Reihen des Congresses gefahren. Eines der ehrenwerthesten Mitglieder Hötner aus Baugen hat schriftlich sein Ausscheiden angezeigt und zwar im Namen seines Vereines, weil weder er, noch der von ihm vertretene Verein die republikanischen Tendenzen des Congresses theilt. Hötner ist bereits abgereist, nachdem er darüber einen vortrefflichen Brief an einen seiner hiesigen Freunde gerichtet. Er sagt darin u. a. die Aufgabe des ächten Demokraten sei es, das Band zwischen Regierung und Volk zu befestigen, nicht es aufzulockern, wie die Mehrzahl der im Congress vereinten Demokraten thut. Uebrigens scheint der Congress sehr die Deffentlichkeit zu fürchten, da er auch zu seinen Abendzusammenkünften nur Eingeweihte und Exprobie zuläßt. Die Eken-Literatur ist heut wieder sehr reich, auf einem der heut. Plakate ist Held als Bignette, wie er, in der Linken seine Idee, mit der Rechten einen Esel führt, dessen Reiter die Fahne der Republik trägt. Hinter dem Esel wandelt R. Blum auf allen Bierern in Anschauung der Welt zwischen den Beinen durch versunken.

△ Berlin, den 28. Oktober. Es werden jetzt wieder Büchsen ausgestellt, um für die Hinterbliebenen und Verwundeten der März-Kämpfer zu sammeln. Es sind zwar bedeutende Summen für dieselben eingegangen und zwar von allen Seiten her, indeß, wenn mit Verwendung dieser Summen in der bisherigen Weise fortgefahren wird, so reichen sie nicht aus. Es werden jetzt noch selbst 20 Familien aus diesen Fonds unterstützt, und zwar so, daß einige derselben zehn und zwöfshundert Thaler monatlich erhalten. Im Ganzen werden monatlich zwischen aber das Capital sich auf etwas über 70,000 Rthlr. beläuft, die Zinsen also durchaus zur Deckung der laufenden Unterstützungsgelder nicht ausreichen, so muß das Capital selbst angegriffen werden und zwar dergestalt, daß es in fünf bis sechs Jahren gänzlich ausgezehrt sein muß. Der Magistrat geht deshalb wendung des oben genannten Capitals die Unterstützung der Hinterbliebenen und Verwundeten der März-Kämpfer nicht der Stadt Berlin anheim falle, sondern Staate übernommen werde. Unser Magistrat ist bei der Linken nicht sonderlich beliebt. Dieser Antrag wird aber von derselben dennoch sehr freudig aufgenommen werden.

Der Berliner Abgeordnete der deutschen National-Versammlung in Frank-

furt, Major Leichert, der als Mitglied des Marineausschusses nach Hamburg und Kiel gegangen war, ist jetzt hier, wird aber in wenigen Tagen nach Frankfurt wieder zurückkehren.

△ Berlin, den 28. Okt. Der demokratische Congress Deutschlands zählt nach einem auf seine Veranlassung gedruckten Namensverzeichnis 229 hier anwesende Mitglieder. Von bekannteren Männern gehören dazu Held aus Berlin, Nees von Esenbeck, Erbe aus Altenburg, Meyer, Redakteur der Reform, aus Berlin, Asch aus Schlessen, A. Ruge, Bamberger aus Mainz, E. Annette, W. Löwison (in Posen durch seine Reise wohl bekannt), Born, Schafeler aus Berlin, Dortu aus Potsdam, George Fein, Abgeordneter, Waldeck, Wislicenus, Abgeordneter Gladbach, Prof. Benary und Weidling, der sich als Vertreter für die deutsch-demokratischen Vereine in New-York hat einschreiben lassen. — Präsident war in der heutigen Sitzung Bamberger aus Mainz, der mit seiner schwachen klanglosen Stimme viel Mühe hatte, Herr der Masse zu sein. Ueber dem Siege des Präsidenten hingen die drei republikanischen Fahnen der Nordamerikanischen Freistaaten, der Schweiz und Frankreichs. So spricht sich auch in jedem Worte, das in dieser Versammlung gesprochen wird, ganz unumwunden der Zweck aus, Deutschland zu einer Republik umzugestalten. Es machen die Redner gar kein Fehl daraus, und könnten somit nach den noch jetzt zu Recht bestehenden Landesgesetzen zur Verantwortung gezogen werden. Ein Hauptthema der heutigen Sitzung war, ob für die weitere republikanische Propaganda ein Centralauschuß beibehalten werden solle oder nicht. Bei der sehr lebhaft hierüber geführten Debatte äußerte ein Redner, er sehe den Centralauschuß der Demokratie in ihrer gegenwärtigen Gestaltung in Deutschland als den Mikrokosmos der zukünftigen deutschen Föderativ-Republik an. Der Congress erklärt zwar unbedingte Deffentlichkeit für seine Sitzungen, diese Unbedingtheit ist aber sehr unbedinglich zu verstehen. Der ganze Zuhörerraum besteht in zwei engen sehr schmalen Tribünen. Der Eintritt ist nur gegen Karten gestattet, diese Karten bekommt man nur mit großer Mühe durch persönliche Vermittelung und beim Eintritt werden sie vier Mal an verschiedenen Punkten revidirt. Das ist die „unbedingte Deffentlichkeit!“ Die Art und Weise, wie die gegenwärtigen Staatsformen zerbrochen, wie die Fürsten vertrieben und die Republik eingeführt werden soll, ist zwar heute nicht principieil besprochen worden. Indes leuchtete im Ganzen so viel klar hervor, daß man jetzt entschieden ist, nicht partikularistisch zu verfahren, nicht auf einzelnen Punkten wie in Altenburg und im Seckreise republikanische Schilderhebungen vorzunehmen, sondern erst in ganz Deutschland Alles vorzubereiten, um dann zu gleicher Zeit auf allen Punkten den „Kampf“ zu eröffnen. Die meisten Mitglieder des Congresses sind Männer noch jüngeren Alters, sehr viele noch unter dreißig Jahren; fast alle von etwas wildem, barischen, unheimlichen, viele von chynischem Aussehen. Der Wirt spielt natürlich eine Hauptrolle.

Berlin, den 28. Okt. Es geht seit heute Nachmittag in der Stadt das Gerücht, daß der Ministerpräsident eine Depesche erhalten, wonach Wien nach sechszehnstündigem Bombardement capitulirt habe.

* Breslau, 27. Okt. Die neulich von uns mitgetheilte Candidatenliste zum Stellvertreter des Obersten der Bürgerwehr ist, da v. Diezelsky und v. Dreßler abgelehnt haben, durch Tobias und Meyer ergänzt worden. Gestern ist durch Urtwahl in den Compagnien die Wahl erfolgt. Ueber das Resultat ist etwas Gewisses noch nicht bekannt geworden. Von 1700 bis zum 26. Abends eingegangenen Stimmzetteln soll Dr. Engelmann 1300 haben. 4 Comp. haben aus formellen Gründen überhaupt gegen die Wahl eines Stellvertreters protestirt. — Der constitutionelle Centralverein, vom deutschen Volksverein aufgefördert, die durch die Borchard'sche Verhaftung hervorgerufene Adresse zu unterschreiben, hat in einem vom Ausschuß des Vereines unterzeichneten Schreiben vom 27. d. erklärt, daß er sich derselben nicht anschließen könne; er sei von der Nothwendigkeit durchdrungen, daß unverzüglich Geschwornen Gerichte eingeführt würden, daß die veralteten Gesetze über Hochverrath etc. zeitgemäßen weichen müßten, es sei zweifelhaft, ob die von Borchardt gesprochenen jedoch über die durch solche Rücksichten begründeten Forderungen weit hinauszugehen, weil sie Freilassung aller wegen politischen Anklagen Verhafteten verlangt und es nicht rathsam sei, bis zum Erlaß neuer Gesetze den Staat allen Versuchen des Umsturzes gegenüber völlig zu entwaffnen, zumal in einer Zeit, wo eine große Partei es sich angelegen sein läßt, alle Grundlagen der öffentlichen Sicherheit systematisch zu erschüttern. — Der Magistrat in Ohlau beabsichtigt Reorganisation der Bürgerwehr nach dem Statut der Breslauer Bürgerwehr. (Correspondenz-Bureau.)

Breslau, den 27. Oktober. Durch die neue Proklamation des Fürsten Windischgräß ist jede Hoffnung auf eine friedliche Vermittelung für das bedrängte Wien verschwunden, der blutige Kampf in nahe Aussicht gestellt. Ist den Berichten von Reisenden — Zeitungen und Briefe sind ausgeblieben — Glauben zu schenken, so hat auch bereits von Seiten des Fürsten der Angriff begonnen, über dessen Ausgang uns wohl schon morgen nähere Kunde werden dürfte. Anderen Nachrichten zufolge, soll nach Ablauf der von Windischgräß gestellten 48stündigen Frist von beiden Parteien ein Waffenstillstand von 24 Stunden bestimmt worden sein. Nach Mittheilungen aus Prag war übrigens eine neue Deputation der Nationalgarden und der akademischen Legion in Olmütz angelangt, um den Kaiser um vollkommene Amnestie, Ernennung eines neuen volksthümlichen Ministeriums und Entfernung des Militairs aus der Umgegend von Wien zu bitten, wogegen versprochen wurde, daß die akademische Legion die Waffen niederlegen und sich jeder weitem Einmischung in Regierungsgeschäfte enthalten würde, das Proletariat aber entwaffnet werden sollte.

— Der heute Nachmittag aus Oberschlesien angekommene Eisenbahnzug hat weder Briefe noch Reisende aus Wien mitgebracht. Die einzigen Neuigkeiten, welche uns durch einen Reisenden aus Raibor mitgetheilt wurden, wollen wir der Vollständigkeit wegen, den Lesern nicht vorenthalten, obgleich sie wiederum unsere übrigen Nachrichten zum Theil widersprechen. Ihnen zufolge wäre Windischgräß nicht nur Herr der beiden Donaubrüden, sondern auch die Vorstadt Leopold-

Stadt bereits von ihm erobert. Dessenungeachtet ist der Sieg noch unentschieden, denn die Wiener sollen mit Löwenmuth kämpfen, so daß alles Terrain, das Windischgrätz erringt, durch vieles Blut erkauft werden muß. Die beiden großen Mühlen an der Donau sind durch das Kanonenfeuer in Brand gesteckt worden, doch fiel noch keine Kugel in die innere Stadt. Der Kampf dauert fort, und ebenso die Sehnsucht nach den Ungarn, die noch immer nicht angelangt sind.

(Schles. Ztg.)

Breslau, den 28. Okt. (Schles. Ztg.) Der entscheidende Kampf hat in Wien noch nicht begonnen. Mit neuen Vermittlungsvorschlägen ist am 26. abermals eine Deputation des Reichstages, der die Proklamation des Fürsten Windischgrätz nicht nur für ungesetzlich, sondern auch für eben so feindlich gegen die Rechte des Volkes wie gegen die des constitutionellen Thrones erklärt hat, nach Olmütz abgegangen. Inzwischen hat der Kaiser selbst den Reichstag verlagert und auf den 15. November nach Kremsier ausgeschrieben. Von den ferneren Schritten des noch in Wien tagenden Reichstages dürfte demnach das Schicksal Wiens abhängen, da in der Stadt selbst Zwiespalt zu herrschen scheint und Deputationen, welche an Windischgrätz abgeschickt worden sind und officiell Bedingungen stellen, insgeheim erklären, daß sie die endliche Einnahme der Stadt dringend wünschen, um von der Herrschaft des Proletariats befreit zu werden. Vier Vorstädte Wiens sollen in Flammen stehen, die akademische Legion bereits bis auf 800 Mitglieder zusammengeschmolzen sein. Für das diplomatische Corps, das Wien verlassen, werden in Olmütz Wohnungen eingerichtet. Der Ungarische Landsturm wird bei Preßburg gesammelt, weshalb Jellachich, der eine feierliche Zusammenkunft mit Windischgrätz hatte, in der Richtung nach Ungarn sein Lager aufgeschlagen hat.

Katibor, den 27. Okt. (Schles. Z.) Von Oberberg besorgt jetzt die Preuss. Post keine werthvollen Güter mehr nach dem Oesterreichischen, weswegen sich letztere dort immermehr aufhäufen; nur die Briefe, Zeitungen u. dgl. gehen noch weiter; die Post will die Garantie nicht übernehmen. Die Niederlage der Studenten durch Jellachich hören wir von wohlunterrichteten Reisenden bis ins Einzelste bestätigen. Ihrer Erzählung zufolge, hatten 800 Legionäre einen Ausfall gemacht und auch wirklich einen Theil des Jellachich'schen Heeres in die Flucht geschlagen; als sie jedoch dieselben weiter verfolgten, machte Jellachich kehrt, umringelte sie und ließ ein furchtbares Kartätschenfeuer eröffnen, in Folge dessen 600 fielen und die übrigen 200 gefangen wurden. — Von Krakau wird uns gemeldet, daß sich dort ein starkes Freicorps (6000 Mann) gebildet habe, indes nicht um den Wienern zu Hilfe zu eilen, sondern um sich gegen eine etwaige Besetzung der Stadt durch die Russen zu wehren. — Nachschrift. Soeben (10 Uhr) kommt der Wiener Zug; er bringt Reisende von Lundenburg und Offiziere aus dem Windischgrätz'schen Lager. Erstere erzählen, daß die k. k. Truppen noch nicht im Besitz der Leopoldstadt und Jägerzeil (Vorstadt) seien, auch nicht mehr in dem der Labor- und Eisenbahnbrücke; sie waren von letzteren wieder zurückgedrängt und die Brücken dann abgedeckt worden. Die Truppen hatten noch die früheren Stellungen inne. Windischgrätz soll eine 24stündige Waffenruhe verlangt und diese von der Stadt gewährt worden sein. Diese Frist ist heute abgelaufen und somit haben wir sehr bald entscheidende Ereignisse zu erwarten.

Katibor, den 28. Okt. Heute Vormittag hier angekommenen Reisende aus der Umgebung von Wien versichern, daß bereits 4 Vorstädte von Wien in Brand gesteckt seien. Es wird sogar behauptet, daß die Vorstadt Jägerzeil von den Wienern selbst angezündet worden sei. Die Kampflust der Wiener soll übrigens immer noch die alte sein. Am gestrigen Tage ist wenig, ja fast gar nicht geschossen worden. Vorgestern war eine Deputation des Reichstages, so wie der Minister Kraus nach Olmütz gereist, um dem Kaiser nochmals Vermittlungsvorschläge zu machen. Gestern war dieselbe noch nicht zurück. — Bei Preßburg sammelt sich der ungarische Landsturm, um den Wienern zu Hilfe zu eilen; derselbe soll bereits 10,000 Mann stark sein. Aus Krakau meldet man uns, daß die Russen in Gallizien eingedrungen seien; wir halten indes dieses Gerücht für unbegründet.

Nachmittags. Der Wiener Zug kam heute Morgen wie gewöhnlich um 9½ Uhr hier an, brachte aber nur einen Reisenden aus Oesterreich mit, der nach Krakau weiter reiste. Derselbe ist, wie er erzählt, vor zwei Tagen von Wien nach Florisdorf entkommen; nichtsdestoweniger lieferte er uns bis gestern Nacht genaue Berichte aus Wien. Er hatte nämlich auf dem Bahnzuge einen Wiener Studenten getroffen, der gestern noch ganz spät vom Militair gefangen wurde und gehängt werden sollte; doch kam noch zu seinem Glück ein mit seinen Eltern bekannter Major dazu, durch dessen Fürsprache ihm nicht nur das Leben, sondern auch die Freiheit geschenkt wurde. Er ward sofort unter Eskorte mit dem Eisenbahnzuge weiter befördert, um zu seinen Eltern nach Teschen gebracht zu werden. Von diesem Studenten hat der Reisende seine neuesten Nachrichten empfangen; diese aber lauten, wie folgt: Vier Vorstädte (Straßen?) Wiens, nämlich Lichtenthal, Landstraße, Jägerzeil und Erbberg, brennen; den gestrigen ganzen Tag wüthete das Kanonenfeuer von beiden Seiten; die Truppen sind im Besitze des Bahnhofes der Nordbahn, aber noch keiner Vorstadt. In der Jägerzeil steht eine mächtige Barrikade, mit 8 Kanonen und von eben so vielen Bürger-Compagnien besetzt. Unauslöschlich wüthet das Feuer gegen den Feind; doch fängt man bereits an, mit dem Pulver sparsam umzugehen. Lebensmittel sind noch auf acht Tage vorhanden; die Wasserleitung ist in den Händen des Feindes, aber von ihm noch nicht zerstört; die Todten werden in den Glacis begraben, da die Kirchhöfe vom Feinde besetzt sind. In einer Straße hat zwischen den dreifarbigem und zweifarbigem Bürgern ein Kampf stattgefunden, in welchem letztere überwunden worden, nachdem von ihnen die Straße in Brand gesteckt worden war. Dies Beispiel steht indes vereinzelt da, sonst herrscht überall die größte Eintracht. Ein Hauptmann der Nationalgarde ist gehängt worden, weil er einen Ausfall, den man von Rus-

dorf machen wollte, verrathen hatte. An Geld fehlt es nicht. Die Bank ist noch unangegriffen; 70,000 und dann 9000 fl., die fürs Militair bestimmt waren, sind der Garde in die Hände gefallen. Jellachich und Auersperg stehen südlich und Windischgrätz nördlich. Die polnische Legion hat am Prater bedeutende Verluste (60 — 70 Todte) erlitten. In Brünn soll ein Kampf stattgefunden haben. Der Besitzer einer Waffenfabrik am Nordbahnhof hatte von Windischgrätz eine halbe Compagnie Militair als Schutz seiner Fabrik gegen das Volk gefordert, was ihm auch gewährt wurde. Die Bürger, welche den Wienern Pulver senden wollten, sollen indes das schützende Militair bis auf den letzten Mann niedergemacht und sich des Gebäudes bemächtigt haben. Auf den Stationen ist Militair bis Preßau aufgestellt.

(Schles. Ztg.)

Frankfurt, den 24. Okt. 102te Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Eröffnung der Sitzung um 9½ Uhr Vormittags. Vorsitzender: Vice-Präsident Simson. v. Söiron macht Namens des Verfassungs-Ausschusses Anzeige von der Vollendung des dritten Abschnittes des Verfassungs-Entwurfes. Juchow stellt den Antrag, die National-Versammlung wolle das Reichsministerium auffordern, mit Rußland in diplomatischen Verkehr zu treten. Der Antrag wird dem internationalen Ausschusse zur Begutachtung zugewiesen. v. Sängler aus Grabow interpellirt das Reichsministerium des Innern, welche Schritte es gethan habe oder zu thun gedenke, um die schnelle Ausführung des Beschlusses vom 25. Juni, die Ausnahme eines Theiles von Posen in den Deutschen Bund betreffend, zu bewirken. Ja hn verliest folgende Interpellation: „Es sind einige Mitglieder dieser Versammlung aus der Paulskirche verschwunden und nach Wien abgereist. Da man dort einige freisinnige Redner festgenommen hat, so sind gerechte Besorgnisse über das Schicksal obiger Abgeordneten zu hegen. Ich frage darum das Reichsministerium, welche Sicherheitsmaßregeln es zum Schutze der nach Wien abgereisten Deputirten ergriffen hat, ob diese Abgeordneten nach erhaltenem Urlaube mit einem Reichspasse und mit gütigen Aufträgen versehen sind? (Heiterkeit.) Reichsminister v. Schmerling beantwortet die Interpellation des Abgeordneten v. Sängler durch die Mittheilung, daß der nach Posen bestimmte Reichs-Kommissar, General v. Schäfer, die Feststellung der Demarkationslinie in dem dortigen Großherzogthume, unmittelbar nachdem die zu den Vorarbeiten notwendigen Materialien von der Preussischen Regierung eingetroffen seien, bewerkstelligen werde. Nach Einsammlung der Stimmzettel zur Ergänzung des Ausschusses für die Geschäfts-Ordnung erhält in der Fortsetzung der Verathung über §§. 2—4 des Verfassungs-Entwurfes das Wort Beidtel aus Brünn. Die National-Versammlung hat nicht darüber zu entscheiden, ob eine Kostrennung der Oesterreichisch-Deutschen von Oesterreich stattzufinden habe, sondern dies steht nur einer Oesterreichischen Volksvertretung zu. Oesterreich wird es nimmer dulden, mitten im Frieden unterzugehen, und zwar durch diejenigen, welche es als seine Vertreter hierhergeschickt hat. Wagner aus Steiermark für die Kostlösung. Kaiser aus Wien beantragt als Zusatz zu §. 2.: Ausnahmen in den Bestimmungen der Reichs-Verfassung, insofern sie Oesterreich zugestanden werden, bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten. Der Redner protestirt gegen die unrichtige Auffassung seines Antrags, als brächstige er mit seinen politischen Freunden eine Kostrennung Oesterreichs von Deutschland. Er sei vielmehr von dem Gesichtspunkt ausgegangen, Recht zu thun nach allen Seiten. v. Mühlfeld aus Wien vertheidigt folgendes von ihm mitunterzeichnete Minderheitsvotum zu §. 2.: „Insofern die eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs die Ausführung dieses §. 2. und der 6 daraus abgeleiteten Paragraphen hinsichtlich desselben nicht zulassen, soll die angestrebte Einheit und Macht Deutschlands im größtmöglichen Maße durch den innigen Anschluß Oesterreichs an Deutschland im Wege des völkerrechtlichen Bündnisses zwischen der Reichsgewalt und der Oesterreichischen Regierung erzielt werden.“ Oesterreich trete in einen Staatenbund mit Deutschland. Das Zusammenstehen zweier solcher Staaten als welthistorische Macht, gebietend über Rhein und Weichsel, über die Adria und das Nordmeer, wird Deutschlands Größe herbeiführen. Bedenken Sie, daß im Gegenfalle Triest verloren gehen wird, da es sich nicht mehr zu halten vermag, sondern Ungarn oder Italien sich in die Arme werfen wird. (Beifall rechts und im Centrum.) v. Wincke: Der Anschluß der Oesterreichischen Gesamtmonarchie an Deutschland muß so eng als möglich sein; wenigstens können jetzt schon Vorbereitungen getroffen werden zur Anbahnung eines politischen und kommerziellen Bedürfnisses mit den außerdeutschen Provinzen. Wir wollen keine exceptionelle Stellung Oesterreichs. Oesterreich stehe nicht in Deutschland, sondern neben Deutschland. Entscheiden wir schon jetzt mit apodiktischer Bestimmtheit, so werfen wir einen Zankapfel in die Verhältnisse Oesterreichs. Wir wollen diese Verbindung nicht, wie ein unbefonnener Jüngling Jugendträume träumt, sondern wie es den besonnenen Deutschen geziemt. Preußen seinerseits hat eine exceptionelle Stellung nie eingenommen, und will nie eine solche. Ich sage dies als Privatmann; spräche ich vom Preussischen Standpunkte, den ich übrigens nicht kenne, so würde ich die Annahme des Verfassungs-Entwurfes empfehlen. Schneider aus Wien: Wird Oesterreich von Deutschland getrennt, so haben wir eine doppelte Politik, in Wien und in Frankfurt, zu befürchten. Klare Bestimmungen über das Gewerbswesen werden uns die fehlenden Sympathieen in Oesterreich zuwenden. Nur der Sieg der Demokratie hat den Eintritt Oesterreichs in Deutschland möglich gemacht. Geben wir die Gesamt-Monarchie auf zu Gunsten eines einigen Deutschlands. Clemens aus Bonn: Oesterreich muß unter jeder Bedingung bei Deutschland bleiben, und wir dürfen keine Opfer scheuen, es bei uns zu behalten. Ich bin gegen §§. 2. und 3., weil die Trennung durch Verschmelzung heterogener Elemente erfolgen wird, falls wir den Krieg nicht vorziehen. Der

Redner schließt sich folgendem Antrage an: „Bei der höchst eigenthümlichen und überaus schwierigen Lage Oesterreichs in diesem Augenblicke wird die gesetzliche Durchführung dieses und der folgenden Paragraphen dem Zeitpunkte der wiederhergestellten öffentlichen Ordnung im Innern der Oesterreichischen Monarchie vorbehalten.“ Mehrere Stimmen verlangen den Schluß der Debatte. Der Vorsitzende schlägt jedoch deren Fortsetzung vor, da auch für die Berathung über die Posener Frage drei Sitzungen angeordnet worden seien und da die Zahl der Redner noch auf 40 sich belaufe. Die Versammlung theilt diese Ansicht. Biedermann ist der Meinung, die National-Versammlung möge nicht die Initiative in einer völkerrechtlichen Verbindung mit Oesterreich ergreifen. Dieselbe müsse zwar ausgesprochen werden, jedoch ohne specielle Hinweisung. Der rechte Moment der Entscheidung trete bei dem Zustandekommen des Völker-Kongresses ein. Dort würden auch die Deutschen Stämme ihre Verbindung mit Oesterreich aufrecht zu erhalten wissen. Reichensperger: Der Knoten muß gelöst werden im Sinne des Verfassungs-Ausschusses; er darf aber auch nur gelöst und nicht zerhauen werden. Eine Ausgleichungs-Politik thut in dieser Angelegenheit noth. Wie die Freiheit in Anarchie umschlägt, so artet auch die Einheit oft in Verwirrung aus. Dieser Fall scheint hier eingetreten zu sein. Ich beantrage darum die Streichung des §. 2. des Entwurfs und eine in Bezug auf die Oesterreichischen Verhältnisse weniger scharfe Fassung des §. 3. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird verworfen, ein Antrag auf Vertagung dagegen angenommen. Der Vorsitzende macht bekannt, daß die Ergänzungswahl für den Geschäftsordnungs-Ausschuß auf den Abg. Bauer aus Bamberg gefallen ist und schließt die Sitzung um 3 Uhr Nachmittags. Nächste Sitzung Donnerstag den 26. Oktober; Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.

Frankfurt, 25. Okt. Der Entwurf zum Reichsgericht lautet folgendermaßen: Artikel 1. §. 1. Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt. §. 2. Zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören: a) Streitigkeiten zwischen der Reichsgewalt und den Einzelstaaten über den Umfang ihrer Befugnisse. b) Streitigkeiten aller Art, politische und rechtliche, zwischen den einzelnen deutschen Staaten. Gewillkürte Austräge sind nur zulässig, insoweit durch die Entscheidung der Streitfragen ein Reichsinteresse nicht berührt wird. c) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentenschaft in den einzelnen Staaten. d) Streitigkeiten zwischen der Regierung des Einzelstaates und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung. e) Beschwerden der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben, wegen Aufhebung oder verfassungswidriger Veränderung der Landesverfassung. f) Klagen gegen den Reichsstatthalter. g) Klagen gegen deutsche Staaten, wenn die Verpflichtung, der Forderung Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist, desgleichen, wenn die Verpflichtung mehrere Staaten zugleich trifft. h) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichsminister wegen Verletzung der Reichsverfassung, sowie wegen aller im Gesetz über die Verantwortlichkeit der Reichsminister genannten Verbrechen. i) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten, wegen Verletzung der Landesverfassung, insofern nicht ein Gerichtshof des Landes angegangen werden kann. k) Strafgerichtsbarkeit mit Urtheilsfällung durch Geschworne über die Dienstverbrechen und Vergehen sämtlicher Reichsbeamten. l) Strafgerichtsbarkeit mit Urtheilsfällung durch Geschworne in den Fällen des Landes- und Hochverrats gegen das Reich. m) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhilfe erschöpft sind. n) Streitigkeiten zwischen dem Staatenhaus, dem Volkshaus und der Reichsregierung, welche die Auslegung der Reichsverfassung betreffen, wenn die streitenden Theile sich vereinigen, die Entscheidung des Reichsgerichts einzuholen. §. 3. Ueber die Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen wird ein besonderes Gesetz ergehen.

Wien, den 25. Oktober. (Schles. Ztg.) Wir sind hier von aller Außenwelt abgesperrt. Seit sieben Tagen ist keine Post aus Berlin, seit fünf keine aus Paris, seit vier Tagen keine Post aus Prag, Brünn und Ungarn angekommen. Kann sie das? Leider nicht. Unsere Lage wird mit jeder Stunde bedenklicher und auch unsere Behörden scheinen dies zu fühlen, denn zwei Bekanntmachungen, die heute von Messenhauser und dem Gemeinderath erteilt worden sind, können uns keinesfalls Trost einflößen. Die erste derselben bestimmt die Strafen, welche von einem Kriegsgericht über diejenigen Wehrmänner verhängt werden sollen, die im Dienste vor dem Feinde oder auf ihrem Posten nicht Folge leisten. Die zweite Bekanntmachung besagt, daß diejenigen Mitglieder des Gemeinderathes, welche vom 25. an in den drei auf einander folgenden Sitzungen nicht erscheinen, ohne einen Verhinderungsgrund angegeben zu haben, als nichtschweigend ausgetreten betrachtet werden, und für sie neue Wahlen vorzunehmen sind. Nach solchen Erlassen muß man unwillkürlich glauben, die Wehrmänner wollten nicht mehr Folge leisten und der Gemeinderath sei, unzufrieden mit sich selbst, in Auflösung begriffen. Und fürwahr, ich fürchte, es ist alles nicht mehr in dem gewünschten Zusammenhange. Das erste Feuer ist verglüht, und auch Robert Blum konnte dasselbe nicht mehr anschüren. Seine Rede in der Aula hat wenig Beifall gefunden.

Der Reichs-Justizminister Robert Mohl hat ein würdig gehaltenes Schreiben an die Reichs-Versammlung gerichtet, in welchem er sein Befremden darüber ausdrückt, daß die Mörder Latour's nicht nur straflos bleiben, sondern sich sogar unter dem Beifall eines Theils der akademischen Legion ihrer That öffentlich rühmen dürfen. Er weist mit Ernst auf die schweren Folgen hin, welche die Straflosigkeit von Verbrechen für ganz Deutschland haben müsse.

Wien, den 29. Okt. Nachmittags 5 Uhr. Von unserer Seite wird in allen Vorstädten an den Verteidigungsmaßregeln mit riesenhafter Anstrengung und Ausdauer gearbeitet. Alles, was Hände hat, Weiber, Kinder, Greise sind emsig beschäftigt, um der liebgewonnenen Freiheit einen, wenn auch anscheinend noch so geringfügigen, Dienst zu leisten. Während dieses in der Stadt geschieht, ist aber auch unser Feind nicht müßig, Geschütz und Pulverwagen werden bei Nusdorf über die Donau geschickt. Das Militair scheint sich vor der Nusdorfer, Währinger, Mazleinsdorfer

und Favoriten-Linie concentriren zu wollen, um nach Ablauf von den 48 Stunden auf mehreren Punkten zugleich die Stadt anzugreifen zu können. Das Militair ist in Besiz der Ferdinands-Wasserleitung und hat der Stadt das Trinkwasser abgeschnitten.

M u s l a n d.

F r a n k r e i c h.

Paris, den 24. Okt. Nationalversammlung. Sitzung vom 24. Okt. Anfang 1 Uhr. Vicepräsident von Malleville führt den Vorsitz. In erster Reihe auf der Tagesordnung befindet sich das Projekt, den *Moniteur* in das Sitzungs-Gebäude der Nationalversammlung zu verlegen. Bisher wurde derselbe eine halbe Meile davon entfernt in der Privatdruckerei des Herrn Paucoucke, Rue des Poitevins Nr. 6, gedruckt, die stenographischen Berichte mußten zu Pferd oder zu Wagen ganz unzugänglich wurde. Dieser Absperrung soll vorgebeugt, auch sollen die Probabogen von 30 zu 30 Minuten ausgegeben und von den betreffenden Rednern binnen 50 Minuten corrigirt sein. Ducos ist Berichterstatter und verlangt einen Kredit von 30,000 Fr. zu dieser Uebersiedelung. Degoussé, Quästor, meldet, daß alle Räume des Sitzungsgebäudes mit Infanterie und Artillere vollgepfropft wären, mithin es unmöglich sei, den *Moniteur* aufzunehmen. Indessen könne man ja ein Lokal in der Nähe mieten. Diese Erklärung ruft einige Ueberraschung im Saale hervor. Element Thomas fürchtet, daß wenn die stenographischen Berichte im Sitzungsgebäude selbst gedruckt würden, die Redner sich noch viel größere Versäumlungen des Textes erlauben würden, als bisher. Es sei jetzt größere Versäumlungen des Textes erlauben würden, als bisher. Es sei jetzt größerer Tribüne gehaltenen Vortrag anzuerkennen. Dieser Einwendungen ungeachtet, wird die Verlegung des *Moniteur* in oder dicht neben das Sitzungslokal entschieden und der verlangte Kredit bewilligt. Die Versammlung schreitet nun zur Berathung über eine Gehalts-Zulage für ihren Präsidenten von monatlich 6000 Fr., nämlich statt 4000 Fr. 10,000. (Aha! Oh! von vielen Bänken). Tascheran unterstützt diesen Antrag, aber Manuel und Deslongrais bekämpfen denselben mit Heftigkeit. Man ruft nach der vorläufigen Frage. Malleville läßt abstimmen, und der Antrag fällt ohne Diskussion durch. (Bewegung und Gelächter). Die Versammlung schreitet zur Prüfung der Ausgaben der provisorischen Regierung und der Exekutivkommission vom 24. Februar bis 1. Juni. Dieselben belaufen sich auf etwa 114 Millionen Franken. Davon sind 9 Millionen für den Ankauf von Pferden, 34 Mill. für Montirungs- und Equipirungskosten, 3 Mill. für die Mobilgarde, 6 Mill. für die Nationalwerkstätten, 3 Mill. für öffentliche Bauten, über 50 Mill. für die Armee und der Rest für geheime Polizei. Morimer Lernaux, pariser Stadtrath, dringt auf sorgfältige Prüfung, besonders die 950,000 Franken für das bekannte Eintrachtsfest auf dem Marsfelde findet er unerhört. Duclerc und Ledru Rollin widersetzen sich durchaus nicht der Prüfung. Alle Quittungen lagen bereit. Die Versammlung schreitet zur Abstimmung und genehmigt den Antrag auf genaue Prüfung innerhalb der nächsten zwei Monate. Kurz vorher bestigt Marxast die Tribüne und verliest im Namen des Verfassungsausschusses einen Dekretsentwurf, welcher die Präsidentenwahl auf den 10. Dezember festsetzt. Dieser Antrag soll übermorgen diskutiert werden. Die Sitzung wird um 6 Uhr geschlossen. Goudchaux und Leon Faucher gerathen vor dem Hinausgehen in einen heftigen Wortstreit vor den Bänken. Doch hat er keine Folgen.

Strasburg, den 23. Okt. Das Erinnerungsfest der Vereinigung des Elsaßes mit Frankreich ist von dem herrlichsten Wetter begünstigt. Die ganze Stadt ist mit Fahnen geschmückt, Alles zieht mit Sang und Klang durch die Straßen, von Stunde zu Stunde hält ein neues Detachement Nationalgarde aus den benachbarten Städten seinen Einzug. Jubel begrüßte sie alle. Als die Lothringer und namentlich die schönen Compagnieen aus Nancy mit Sack und Pack ankamen, da wollte das „vive la garde nationale de Nancy, vive la republique!“ gar kein Ende nehmen. Feierliche Gottesdienste fanden in allen Kirchen Statt und diesen Nachmittag wurde der Grundstein zu einem Denkmal gelegt, das zur steten Erinnerung an die begangene Feier aufgerichtet ward. Für den Deutschen war es ein wehmüthiges Gefühl, denn die Losreißung einer so schönen Provinz, wie das Elsaß, von dem gemeinschaftlichen Vaterlande ehrt durchaus nicht das Andenken jener Männer, welche die Geschichte Deutschlands im 17. Jahrhundert leiteten.

I t a l i e n.

Turin, den 17. Okt. Von der piemontesischen Armee sind in dem vorigen Feldzuge 3000 Mann gefallen und 7000 zu Krüppeln verwundet worden. Der Krieg kostete 60 Mill. Lire und die Fortsetzung kann unter 100 Mill. nicht vollführt werden.

S c h w e d e n u n d N o r w e g e n.

Stockholm, den 20. Okt. Die Brigg „Maria“, Capitain Lagerkloof, befrachtet vom Schwedischen Consul in Oahetti, ist von Stockholm mit Schwedischen Arbeitern nach Oahetti abgegangen, um dort eine Fabrik von Palmöl, Kokusseife u. s. w. anzulegen.

A m e r i k a.

Nach Berichten aus New-York vom 11. Oktober hatte sich die Aufregung der Parteien in Bezug auf die bevorstehende Präsidentenwahl noch nicht im mindesten gelegt; da aber Hr. Clay entschieden vom Wahlplatze abgetreten ist, so haben sich die Aussichten des Generals Taylor so sehr gebessert, daß seine Wahl als ganz gewiß betrachtet wird. Zu New-York hatten mehrere politische Versammlungen Statt gefunden; einige davon betrafen die Präsidentenwahl, eine andere aber in Tammanyhall bestand fast nur aus Deutschen und bezweckte den Empfang des eben angelangten Hecker. Ein Manifest des sogenannten irischen Directoriums in New-York verbreitet sich über die Aussichten

für einen Ausstand in Irland, der „Gerald“ meint aber, es sei dem Direktorium nur um neue Geldspenden zu thun, nachdem es sich die früher zusammen gebrachten 40,000 Dollars angeeignet habe. — Aus der Hauptstadt Mexico wird gemeldet, daß das Land ruhig sei und Herrera's Regierung immer festeren Fuß fasse. Man besorgte aber, daß die angekündigte Rückkehr Santa Anna's neue Unruhestörungen veranlassen werde. Zu Tobasco war ein Ausstand erfolgt und ein Kampf zwischen 400 Ausständischen und 600 Regierungs-Soldaten wurde stündlich erwartet. — Die Preise von Mehl und Getreide waren stark am Fallen; bloß Mais hielt sich noch. Auch die Baumwollenpreise begannen zu weichen. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten haben während der ersten neun Monate von 1848 die Einfuhr um 43 Millionen Dollars überstiegen. — In New-Orleans hatte das gelbe Fieber aufgehört und die Geschäfte gewannen lebhafteren Aufschwung.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Wierzyce bei Gnesen. Wenn in dem der Posener Zeitung sub No. 235. beigefügten Inserate einer Mangelhaftigkeit des Verfahrens bei den hiesigen königl. Holzlicitationen Erwähnung geschah, dürfte es vielleicht dem holzkau- fenden Publikum nicht ohne Interesse sein, einen flüchtigen Blick den königl. Holzlicitationen im Regierungs-Bezirk Bromberg zu gönnen. — Hier finden wir in den Amtsblättern nicht nur die Termine für die verschiedenen Beläufe einer Oberförsterei bereits für 3 Monate vorher angekündigt, sondern sie erlei- den auch eine im Vergleich zu den hiesigen wesentliche Modifikation darin, daß

- I. Brennholz-Verkaufs-Termine in kleinen Loosen
 - a) für die ärmeren Bewohner der Umgegend, und
 - b) in großen Loosen für das Handels- und Feuegewerbe treibende Publi- kum wie für Begüterte, so wie

II. Bauholz-Verkaufs-Termine,

an verschiedenen Tagen angesetzt sind.

Abgesehen nun davon, daß bei einem jedesmaligen Termine ebenfalls die Verkaufsbedingungen so wie die Tare jedem Kauflustigen stets zur Einsicht be- reit liegen, und letztere nicht erst darf gefordert werden, so dürfte dennoch dieses in den beiden Regierungs-Bezirken der Provinz so verschiedenartig manifestirte Verfahren Manchem räthselhaft erscheinen.

Indem obige Andeutung dem bei der letzten Holzlicitation zu Jezierce be- theiligten Publikum Gelegenheit zur Wahrnehmung ihres mit den Bewohnern anderer Regierungsbezirke gleichberechtigten Interesses bieten dürfte, würden diese Zeilen vielleicht auch geeignet erscheinen, den betreffenden Herrn Oberför- ster, durch die evidenten Mängel im hiesigen Holzlicitations-Wesen zur baldig- sten Initiative einer Verbesserung in demselben zu bewegen. St.

Posen den 30. Okt. Wenn in alten Schiffermährchen von der ultima Thule schauerliche Dinge gefabelt werden, so finden wir das ganz erklärlich; es schmeichelt der Matroseneitelkeit, und man riskirt dabei nicht, daß ein An- derer der Spur nachgehe und dem lägenhaften Berichterstatter auf die Fingern klopfte. Wenn aber ein Deutscher, hier ansässig und von seinen Mitbürgern überwacht, sich ein Gewerbe daraus macht, die deutschen Bewohner der Pro- vinz dem auswärtigen Publikum als eine hab- und raubgierige, entartete, ver- wilderte Race zu schildern und auf dieses Thema immer wieder mit einem ge- wissen Wohlgefallen zurückzukommen, so vermögen wir darin nur den Erguß einer mit Dummheit gepaarten Bosheit zu erkennen. Solchem Corresponden- ten-Gesindel sind wir jüngstens wiederholentlich in der „Breslauer Zeitung“ und der „Reform“ begegnet und haben es seiner Zeit pflichtschuldigt mit einem Nasenstüber abgefertigt; eine Creatur desselben Gesichters läuft uns diesmal aus Nr. 189 der Ostseezeitung in den Weg. Ein trummgeschwänztes S schüt- tet dort d. d. Posen den 21. Oktober seine Galle aus, macht sich aber zunächst nur mit den Juden zu schaffen, wie denn überhaupt der ganze Bestand jener deutsch-feindlichen Clique bloß darin besteht, überall wo etwas Cohärentes sich bilden und gestalten will, Spaltungen und Zerbröckelungen herbeizuführen. Wie werden uns bei der Widerlegung der einzelnen Angaben nicht lange aufzu- halten brauchen. Daß im Augenblick wegen Hypothekenkündigung „gegen 300 Güter zur Subhastation gestellt sind“, ist zwar nur eine an sich gleichgültige Uebertreibung, die wir aber, weil darauf in malitioser Weise fortgebaut wird, für eine Lüge erklären. Eben so erdichtet ist es, daß ein großer Theil

„unserer jüdischen Kaufleute und Geldspeculanten“ nach Amerika auszuwan- dern gedenkt; es haben bisher nur mittellose Handwerker oder wer sonst in den gegenwärtigen bedrängten Zeiten nichts zuzusetzen hatte, zu dieser ultima ratio der Auswanderung seine Zuflucht genommen. Schamlos erlogen ist ferner der Satz, daß „bisher wenigstens sich die Auswanderer der Erfüllung ihrer Zahlungs- verbindlichkeiten stets zu entziehen strebten und zu entziehen wußten;“ man weiß hier nur von einem einzigen derartigen Fall, welcher allgemeine Indignation erregt hat. Durchaus verrenkt und verdreht ist endlich die Angabe, daß der Beschluß, von den Juden nichts mehr zu kaufen, erst durch die von Letzteren ausgegangene Kündigung der Kapitalien provocirt worden; die feinfühligere Liga polska würde in diesem Falle nicht auf alle Deutschen ihr Interdikt aus- gedehnt haben. Einen einzigen Satz aus dem ganzen Lügengewebe möchten wir als richtig anerkennen, daß nämlich die Juden nicht aus politischen Grün- den ihre Geschäfte mit den polnischen Gutsbesitzern abzubrechen suchten. Die Juden waren von jeher so geschickt, dem Freihandels-Princip zu huldbigen. Sie handelten überall und mit aller Welt; auch ohne Cobden waren sie längst zu der Einsicht gekommen, daß der Handel und der materielle Verkehr sich nicht um die nationalen Schranken zu kümmern brauche und nur auf Billigkeit, Ehrlichkeit, Pünktlichkeit Rücksicht nehmen dürfe. So lange der polnische Gutsbesitzer der beiden ersten Tugenden sich rühmen konnte, ließ man ihm gerne Nachsicht gewähren, wenn es mit der Pünktlichkeit nicht eben zum Besten be- stellt war. Als aber ein großer Theil seit der Revolution von 1846 anfing alle Rabulistenkniffe in Bewegung zu setzen, um sich auf wohlfeile Weise der recht- lich eingegangenen Verpflichtung zu entledigen, als durch die ganze Provinz, wie auf gemeinsame Verabredung, die simulirten Vermögensverschreibungen zum Nachtheil der Gläubiger systematisch betrieben wurden, da merkte der ge- schäftstkluge Jude, daß es aus sei mit der früher gern und bereitwillig anerkannten Sprawidliwosc der Polen. Als endlich im gegenwärtigen Jahre selbst die vornehmsten polnischen Magnaten auf solche erbärmliche Schliche einzuge- hen begannen, und z. B. während der Märztag ein reicher Graf, dessen Na- men ich aus Achtung vor der historischen Berühmtheit seiner Familie nicht nenne, mit voller Kasse nach Posen kam, um dem durch die Zeitverhältnisse ter- rorisirten Gläubiger halb drohend, halb bettelnd, einen Erlaß des halben Schuldbetrages abzupressen, da ward Jeder inne, daß es auch mit dem Honor der alten Polen zu Ende gegangen sei, und es war natürlich, daß man seither eine Geschäftsverbindung, die keinerlei Garantien bot, je eher je lieber aufzulösen, sogar unter augenscheinlichem Verluste aufzulösen strebte. Das von uns hier Mitgetheilte bildet den Hauptschlüssel zu dem von der poli- tischen Frage ganz unabhängigen, gerichtlichen Verhalten der Juden gegen die Polen. Die anderweitigen Entstellungen unsers S sind dadurch erledigt. — Die Stettiner Bürgerschaft hat vor kurzer Zeit ein Fest inniger Verbrüderung mit den hiesigen Deutschen gefeiert; es thut uns leid, das mit Recht geschätzte Hauptorgan unserer Nachbarschaft von hier aus durch eine deutsch-feindliche Person bedient zu sehen, die früher, es ist noch nicht gar lange her, mit wider- licher Aufdringlichkeit den Juden gerade den Hof machte und bei ihnen stets den Fuß unter dem Tische hatte. Besagte Person hielt es dann für „lucrativer“, ihre feile Feder den Polen zu verkaufen und bezahlte Lügen in die Welt hinein zu rufen. Einsender hält es für Pflicht, die geehrte Redaction der Ostseezeitung vor solchen Geschöpfen zu warnen.

Cholera.

Posen, den 30. Okt. Von vorgestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 10 und 19 Personen, gestorben 6 und 11.

Marktbericht. Posen, den 30. Oktober.

(Der Schst. zu 16 Mts. Preuß.)

Weizen 1 Rthl. 21 Sgr. 1 Pf., auch 2 Rthl. — Sgr. — Pf.; Roggen — Rthl. 26 Sgr. 8 Pf., auch — Rthl. 28 Sgr. 11 Pf.; Gerste 26 Sgr. 8 Pf. auch — Rthl. 28 Sgr. 11 Pf.; Hafer 16 Sgr. — Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchweizen — Rthl. 26 Sgr. 8 Pf., auch — Rthl. 28 Sgr. 11 Pf.; Erbsen 1 Rthl. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rthl. 5 Sgr. 7 Pf.; Kartoffeln 7 Sgr. 1 Pf., auch 8 Sgr. — Pf.; Heu zu 110 Pfd. 17 Sgr. 6 Pf. auch 20 Sgr.; Stroh, das Schw. 3 Rthl. 15 Sgr., auch 4 Rthl. — Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rthl. 25 Sgr., auch 2 Rthl. — Posen, den 30. Okt. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus pro Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles 12 Rthl.

Sitzung des konstitutionellen Clubs heut Abend 7 Uhr im Hôtel de Saxe.

Tagesordnung: die Entwürfe der in der letz- ten Sitzung beschlossenen Adressen.

Das Mode-Waaren-, Leinwand-, Teppich- und fertige Mäntel-Lager von

J. W. N. Wittkowski Wwe. befindet sich Wilhelmsstraße im Hôtel de Dresde Parterre.

Preise äußerst billig.

Markt 62. werden sämmtliche Weißzeuge, Stieck- reien, Handschuhe, Crav.-Tücher und Schleier, so wie seidene Bänder und Spitzen zu überraschend billigen Preisen verkauft.

In der Posener Zeitung vom 4ten d. Mts. und in mehreren folgenden Nummern zeigt ein gewisser S. Kurniker die Verlegung seines Möbelmagazins in das Haus des Herrn Apotheker Wagner mit der sich beigefügten Benennung „Tischlermeister“ an. — Im Interesse des Publikums sowohl, als um den ehrlichen Namen Meister möglichst unver- fälscht zu erhalten, machen wir bekannt, daß der

S. Kurniker weder vom hiesigen Gewerke noch von der Kommunal-Behörde, wie letztere uns amtlich mitgetheilt hat, zum Tischlermeister beglaubigt ist. Seit den ältesten Zeiten und so lange es überhaupt Handwerker giebt, verstehen wir unter Meister einen Mann, der erstens sein Handwerk erlernt, zweitens als Geselle bei einem oder mehreren Mei- stern gearbeitet hat, und drittens eine Werkstätt hält, worin die Erzeugnisse seines Handwerks ge- fertigt werden. Den Punkt ad I) wollen wir bei S. Kurniker dahingestellt seyn lassen, obgleich uns kein Beweis hierüber vorliegt, ad II) wissen wir aber allgesammt, daß derselbe mehrere Jahre bei dem Möbelhändler Danziger nicht als Geselle ge- arbeitet hat, sondern nur die Funktion eines Haus- knechts verrichtet hat, und ad III) ist es leicht nach- zuweisen, daß S. Kurniker keine Werkstätt hält, worin Tischlerarbeiten gefertigt werden; hiernach läßt sich nur vermuthen, daß derselbe unter der sich unrechtmäßig angeeigneten Bezeichnung „Tischlermei- ster“ das Publikum glauben machen will, als wä- ren bei ihm bessere Arbeiten zu bekommen, wie bei den übrigen Möbelhändlern; und so lange der S. Kurniker nicht die nach unserer obigen Angabe sowohl, wie nach den in der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmungen öffentlich nachgewiesen hat, daß er Meister ist, bestreiten wir

ihm den rechtlichen Besitz der Bezeichnung „Tischlermeister.“

Posen, den 30. Oktober 1848. Der Vorstand des Handwerker-Vereins.

Dem Fuhrmann Jul. Salomon aus Pinne sind vor einigen Tagen in dem 2^{1/2} Meilen von Po- sen gelegenen Dorfe Rumianek, aus einem Bal- len 2 Packe — 28 Stück — weißwollene Schlafde-cken mit grünen Kanten gestohlen worden.

Indem Unterzeichnete vor dem Ankauf genannter Decken hiermit warnen, wird dem, welcher zur Wieder- erlangung der gestohlenen Waaren behülflich ist, eine angemessene Belohnung zugesagt.

W. Soltanz in Frank- Anton Schmidt furt a/D. in Posen.

Thermometer- und Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 22. bis 29. Oktober.

Tag.	Thermometerstand		Barometer- stand.	Wind.
	tiefer	höher		
22. Oktober	+ 6,1°	+ 8,0°	27 3/8, 8,29	W.
23. "	+ 7,2°	+ 10,0°	27 = 10,0	W.
24. "	+ 3,0°	+ 10,0°	27 = 11,0	W.
25. "	+ 4,0°	+ 12,2°	27 = 8,3	SW.
26. "	+ 7,3°	+ 11,3°	27 = 9,5	SW.
27. "	+ 1,0°	+ 11,4°	28 = 1,0	ND.
28. "	+ 5,0°	+ 12,2°	28 = 9,0	D.